

**Gagausische Autonomie und moldauische Staatlichkeit –
konkurrierender Nationsaufbau oder konstruktives Miteinander?**

Andrei Avram
Halbauer Weg 21
D-12249 Berlin
Tel. (030)-60509896
E-Mail: avram@zedat.fu-berlin.de

März 2008

Inhaltsverzeichnis

1. ZUR PROBLEMATIK DER TERRITORIALAUTONOMIE ALS LÖSUNG INTERETHNISCHER KONFLIKTE	3
2. 13 JAHRE GAGAUSISCHE TERRITORIALAUTONOMIE – HALBHERZIGER NATIONSAUFBAU, SOWJETISCHE IDENTITÄT UND SKEPSIS GEGENÜBER DEM MOLDAUISCHEN ZENTRALSTAAT.....	10
2.1. EXKURS - GAGAUSIEN ALS SONDERFALL IM POSTSOWJETISCHEN RAUM.....	10
2.2. GAGAUSISCHE IDENTITÄT NACH 1995	14
2.3. ABGRENZUNG STATT INTEGRATION? GAGAUSISCHE EINSTELLUNGEN GEGENÜBER DEM MOLDAUISCHEN ZENTRALSTAAT NACH DER AUTONOMIEVEREINBARUNG	20
3. DIE REPUBLIK MOLDAU ZWISCHEN DER ANGST VOR DER GAGAUSISCHEN MINDERHEIT UND EINER UNSICHEREN IDENTITÄT	25
3.1. DIE HALTUNG DES MOLDAUISCHEN STAATES GEGENÜBER GAGAUSIEN	25
3.2. GAGAUSISCHES UND MOLDAUISCHES <i>NATION-BUILDING</i> ALS ANTAGONISTISCHE PROZESSE.....	29
4. FAZIT	32
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	38

1. Zur Problematik der Territorialautonomie als Lösung interethnischer Konflikte

Am 23. Dezember 1994 verabschiedete das Parlament der Republik Moldau das Gesetz über den rechtlichen Sonderstatus von Gagausien, das der 1.830 km² und 155.646 Einwohner umfassenden Region im Süden des Landes Territorialautonomie einräumte.¹ Damit konnte einem seit Ende der 80er Jahre andauernden Konflikt zwischen der Zentralregierung in Chişinău und der gagausischen Nationalbewegung ein friedliches Ende gesetzt werden. Gerade in der Republik Moldau, deren Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion von einem kurzen, aber blutigen Bürgerkrieg überschattet wurde und zur Entstehung der *de facto* selbstständigen Republik Pridnjestrowie (Transnistrien) mit der Hauptstadt Tiraspol im Osten des Landes führte, galt die Überwindung des Konfliktes im Süden mit den Gagausen als „spektakuläre[r] Sieg der Vernunft“.² Die Zeit nach der Entstehung der Autonomen Territorialeinheit Gagausien mit dem Hauptort Comrat blieb aber nicht konfliktfrei, wobei die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und autonomer Region stets friedlich ausgetragen wurden. Daraus ist allerdings nicht voreilig zu schließen, dass die Gewährung von Territorialautonomie an die gagausische Minderheit positiv zu bewerten ist, es sei denn, man geht von einem minimalistischen Ansatz aus, der schon in der Befriedung der Republik Moldau *per se* einen Erfolg sieht. Vielmehr sind gerade die Umsetzung der Territorialautonomie und die damit verbundenen Konsequenzen für den Gesamtstaat ausschlaggebend, wie die Ende 1994 verabschiedete Vereinbarung letztendlich zu bewerten ist.³

Seit dem 1. Januar 2007 ist die Republik Moldau – bedingt durch den EU-Beitritt von Rumänien – zum Nachbarstaat der Europäischen Union geworden. Umso mehr erscheint es geboten, friedliche Lösungen regionaler Auseinandersetzungen auf ihre Nachhaltigkeit und somit auf ihren langfristigen Erfolg hin zu überprüfen. Es geht hierbei nicht nur um empirische Feststellungen, sondern (auch) um die im Zuge der

¹ Vgl. Boţan, Igor: The recent elections in Gagauzia and their eventual consequences (= ECMIMoldova.org: Gagauzia: Local Expert Reports), Januar 2007, S. 2 und 6, http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/Local_Experts_Gagauzia/Botzanu.pdf, download 30.09.2007

² Troebst, Stefan: Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova – ein Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte, in: Berliner Osteuropa Info, 4. Jg. (2001), H. 17, S. 76, http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_17/19_troebst.pdf, download 30.09.2007.

³ Vgl. Protsyk, Oleh und Valentina Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing in the Post-Soviet Space: the Case of Gagauzian Autonomy, in: Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 6. Jg. (2007), H. 1, S. 1, http://www.ecmi.de/jemie/download/1-2007_Protsyk_and_Rigamonti.pdf, download 30.09.2007.

Transformationsprozesse in Osteuropa und im postsowjetischen Raum immer wieder kehrende, politikwissenschaftlich brisante Frage einer angemessenen Herangehensweise in den ehemaligen kommunistischen Staaten im Bereich des Minderheitenschutzes, denn es besteht keinesfalls Einigkeit darüber, ob die Entstehung ethnisch basierter, autonomer Gebiete innerhalb von Nationalstaaten in der Region aus Sicht aller beteiligten Akteure (die betroffenen Länder, internationale und regionale Organisationen, sowie die Minderheiten selbst) anstrebenswert ist. Jenseits eines Konsenses hinsichtlich der Notwendigkeit der Achtung von Menschenrechten – dem sich Demokratietheoretiker wie Claus Offe und Guillermo O’Donnell, wie auch Experten im Bereich der Osteuropastudien wie Pål Kolstø anschließen – gibt es eine Vielzahl an Ansätzen für eine nachhaltige Beendigung interethnischer Konflikte. Die Territorialautonomie der Gagausen stellt im regionalen Vergleich ein Unikum dar.⁴ Dementsprechend bietet sich 13 Jahre nach deren Entstehung eine Analyse ihrer Auswirkungen, da man sich durchaus davon wertvolle Erkenntnisse über die Regelung von Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in multiethnischen Staaten versprechen kann.⁵ Diesem Thema widmet sich die vorliegende Arbeit.

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks haben sich Konflikttheoretiker, Regionalwissenschaftler und Experten der vergleichenden Politikanalyse den Transformationsprozessen im postsowjetischen Raum gewidmet.⁶ In der Tat ist auch die Frage, ob Territorialautonomie als optimale Lösung interethnischer Konflikte gelten kann in erster Linie ein Thema für die genannten Gebiete. Die Demokratietheorie darf sich allerdings den Entwicklungen in dieser Region nicht verschließen, zumal sich – wie etwa O’Donnell zurecht feststellt – der Zusammenbruch autoritärer Systeme oft zur Entstehung einer neuen Gattung von Polyarchien führt, die nicht als repräsentative Demokratien zu betrachten und bislang von der einschlägigen politiktheoretischen Literatur nicht typologisch erfasst worden sind.⁷ Gleichzeitig weist Offe darauf hin, dass der Begriff der Demokratie von einer Aushöhlung bedroht ist und stellt infolgedessen fünf Bedingungen für die Nachhaltigkeit derselben auf: das Vorhandensein der inneren Souveränität, offener politischer Kanäle, politischer Alternativen, sozioökonomischer Verbesserungen und

⁴ Vgl. Boğan: The recent elections, S. 6.

⁵ Vgl. Chinn, Jeff und Steven Roper: Territorial Autonomy in Gagauzia, in: Nationalities Papers, Jg. 1998, H. 1, S. 87.

⁶ Vgl. Hughes, James und Gwendolyn Sasse: Comparing Regional and Ethnic Conflicts in Post-Soviet Transition States, in: Dies. (Hrsg.): Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union, London und Portland 2002, passim. Das Stichdatum des im Rahmen dieser Arbeit herangezogenen Forschungsstandes ist der 31.12.2007.

⁷ Vgl. O’Donnell, Guillermo: On the State, Democratization and Some Conceptual Problems (A Latin American View with Glances at Some Post-Communist Countries) (= Kellogg Institute Working Papers: 192), Notre Dame 1993, S. 48.

Selbstanerkennung im Sinne eines Verfassungspatriotismus.⁸ Betrachtet man die aus den ehemaligen Sowjetrepubliken entstandenen unabhängigen Staaten, kann man in der Tat kaum – vielleicht mit Ausnahme der baltischen Länder – die Erfüllung dieser Kriterien feststellen, wenn auch demokratische Institutionen wie etwa Wahlen vorhanden sind.

Die vorliegende Arbeit möchte nun anhand des gagausischen Modells feststellen, inwieweit sich die Entstehung eines territorial autonomen Gebietes auf diejenigen von Offe gestellten Bedingungen an eine Demokratie auswirkt, die von einer Vereinbarung über eine Machtverteilung zwischen Zentrum und substaatlicher autonomer Gebietskörperschaft am meisten betroffen zu sein scheinen: die innere Souveränität, sowie die Selbstanerkennung. Daran soll gemessen werden, ob die Republik Moldau dadurch dem Desiderat einer nicht inhaltsleeren Demokratie näher kommt. Die Problematik der Selbstanerkennung interessiert allen voran, weil im postkommunistischen Raum typischerweise ethnische Konflikte eine Identifizierung der Bürger mit ihrem – im Falle der Republik Moldau neu entstandenen – Staat erheblich erschweren.⁹ Selbstanerkennung ist in diesem Sinne nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil von Demokratie, sondern auch des sog. *nation-building*. Damit ist – im Sinne dieser Arbeit und in Anlehnung an einer von Will Kymlicka vorgenommenen Operationalisierung – der Prozess gemeint, der auf die Förderung einer gemeinsamen Sprache für alle Bürger abzielt, in der die sozialen (und politischen) Institutionen operieren, mit denen sich die Einwohner eines Landes kollektiv identifizieren sollen. Die wichtigsten Elemente hiervon sind dabei nicht nur die Sprachregelungen selbst, sondern auch etwa identitätsstiftende Inhalte des Bildungssystems oder die staatlichen Symbole.¹⁰

Im Falle der Gründung Gagausiens stellt sich ebenfalls die Frage nach politischen Alternativen zur territorialen Autonomie. Kymlicka beteuert etwa, es gäbe keine andere Option als Territorialautonomie für ethnische Minderheiten in Osteuropa.¹¹ Die gagausische Autonomie ist jedoch gerade in der Republik Moldau keineswegs unumstritten und es dürfte daher sicherlich lohnenswerter sein, sich den Argumenten deren Kritiker zu widmen und diese ggf. zu widerlegen, als Territorialautonomie voreilig als einzig gangbaren Weg für ethnisch kompakt gesiedelte Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates darzustellen. Herkömmlichen Demokratietheorien wird

⁸ Vgl. Offe, Claus: Fünf Voraussetzungen der Demokratie, zit. nach: Massing, Peter und Gotthard Breit (Hrsg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart., 5. Aufl., Schwalbach 2004, S. 261-265.

⁹ Vgl. O'Donnell: On the State, S. 52.

¹⁰ Vgl. Kymlicka, Will: Western Political Theory and Ethnic Relations in Eastern Europe, in: Ders. und Magda Opalski (Hrsg.): Can Liberal Pluralism Be Exported?, Oxford 2001, S. 19.

¹¹ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 69f.

gelegentlich vorgeworfen, dass diese von einer – faktisch unmöglichen - Notwendigkeit einer Trennung zwischen Ethnizität und Politik ausgehen, im Sinne einer *cultural neutrality* des Gemeinwesens.¹² Andere vermögen sogar eine prinzipielle Unvereinbarkeit von Demokratie und Multiethnizität zu konstatieren.¹³ Die vorliegende Arbeit setzt sich nicht zum Ziel, diese Ansätze prinzipiell in Frage zu stellen. Jedoch erscheint deren wissenschaftlicher Ertrag für die Lösung problematischer interethnischer Konfliktkonstellationen in Osteuropa insoweit begrenzt, dass die Fragestellung lediglich mit Rückgriff auf die erwähnten demokratietheoretischen Ansätzen nicht angemessen zu beantworten ist – zumal es, wie der norwegische Osteuropaexperte Kolstø bemerkt, unter den ehemaligen Ostblockstaaten kaum ethnisch homogene Länder gibt.¹⁴ Dennoch würde die Entwicklung eines alternativen Modells zur gagausischen Autonomie den Rahmen dieser Arbeit sprengen, so dass sie sich auf die Bewertung der gegenwärtigen Situation beschränkt.

James Hughes und Gwendolyn Sasse setzen Institutionen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung von Konflikten im postsowjetischen Raum. Sie verweisen darauf, dass die Überwindung ethnischer und regionaler Auseinandersetzungen vor allem mit der Gewährung von *de facto* und *de jure* Autonomie unmittelbar zusammenhänge.¹⁵ Gerade die Territorialität solcher Regime werde der Realität postsowjetischer innerstaatlichen Auseinandersetzungen gerecht, da es hierbei nie ausschließlich um Ethnizität gehe, sondern um eine Verflechtung vielfältiger Faktoren, so dass – wie Hughes und Sasse feststellen – deren Bezeichnung als regionale Konflikte zutreffender sei.¹⁶ Dementsprechend erscheinen solche Lösungen viel versprechender als demokratietheoretisch basierte Ansätze der individuellen Gleichheit aller Bürger in einer vermeintlich ethnisch neutralen Nation.¹⁷ Tatsächlich gilt es zu bedenken, dass Minderheiten als strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen nur durch gezielte Mechanismen der Integration davor geschützt werden können, von der Teilhabe an der politischen Macht ausgeschlossen zu sein.¹⁸ Territorialautonomie kann Minderheiten vor

¹² Vgl. Hughes, James und Gwendolyn Sasse: Conflict and Accomodation in the Former Soviet Union: The Role of Institutions and Regimes, in: Dies. (Hrsg.): Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union, London und Portland 2002, S. 221.

¹³ Vgl. Hughes und Sasse: Comparing Regional and Ethnic Conflicts, S. 9

¹⁴ Vgl. Kolstø, Pål: Territorial Autonomy as a Minority Rights Regime in Post-Communist Societies, in: Kymlicka, Will und Magda Opalski (Hrsg.): Can Liberal Pluralism Be Exported?, Oxford 2001, S. 200.

¹⁵ Vgl. Hughes und Sasse: Comparing Regional and Ethnic Conflicts, S. 24f.

¹⁶ Vgl. Hughes und Sasse: Conflict and Accomodation, S. 228.

¹⁷ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 15.

¹⁸ Vgl. Meinert, Sascha: Zwischen staatlicher Integrität und gesellschaftlicher Vielfalt: Regionale Autonomie als Lösungskonzept für multinationale Staaten (= Ergebnisbericht zum Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung

dem Nationalismus der Mehrheitsbevölkerung schützen. Ferner bemerkt Kolstø – wohl zu Recht – dass die Gewährung regionaler Selbstständigkeit praktikabler sei als auf dem ganzen Staatsgebiet geltende kulturelle Rechte.¹⁹ Jenseits des Schutzbedarfes nationaler Minderheiten im Sinne negativer Freiheiten gegenüber der Titularnation eines Staates stellt Territorialautonomie die Möglichkeit der Realisierung nationsbildender Projekte ohne die Veränderung internationaler Grenzen dar.²⁰ Gerade in schwachen Staaten, deren Überlebensfähigkeit aufgrund interethnischer Auseinandersetzungen in Frage gestellt wird, könne Territorialautonomie zur Stabilität des Gemeinwesens beitragen.²¹

Diese unter Osteuropaexperten weit verbreitete Ansicht widerspiegelt auch eine Grundannahme demokratiethoretischer Ansätze für Vielvölkerstaaten, wie etwa dem von Arend Lijphart, der ethnisch basierte Autonomie als notwendiger Bestandteil einer sog. „consociational democracy“ in einem multiethnischen Staat betrachtet. Allerdings stellt Lijphart drei weitere Bedingungen für den erfolgreichen Aufbau eines alle Bevölkerungsgruppen integrierenden politischen Systems auf, darunter die Möglichkeit eines gegenseitigen Vetos der beteiligten Ethnien.²² Der Hinweis auf die rezenten, die Einheit des Landes bedrohenden Entwicklungen in Belgien oder auf die Starrheit des Regierungssystems in Bosnien-Herzegowina – beides multiethnische Staaten mit der Möglichkeit einer gegenseitigen Blockade der konstituierenden ethnischen Gruppen – dürfte ausreichen, um sich von einem solchen Ansatz zu distanzieren.²³ Territorialautonomie erscheint jedoch *per se* eine solche Gefahr nicht zu bergen, zumal es sich hierbei nicht um eine symmetrische Beziehung zwischen Mehrheitsbevölkerung und nationalen Minderheiten handelt, sondern um eine explizite Gewährung zusätzlicher Rechte an letztere.

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit einer Problematik, der sich also eine signifikante Anzahl an Demokratiethoretikern einerseits, sowie viele Experten im Bereich postkommunistischer Transformationsprozesse andererseits widmen. Während es unter ersteren viele gibt, die den Fehler begehen, Multiethnizität in ihren Ansätzen aufgrund der als notwendig betrachteten Homogenität des Staatsvolkes nicht explizit

„Eigenverantwortung und Autonomie der Regionen“), 2003, http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_regionale_autonomie_Ergebnisse.pdf, download 12.11.2007.

¹⁹ Vgl. Kolstø: Territorial Autonomy, S. 214.

²⁰ Vgl. Troebst, Stefan: Autonomiebewegungen im Osteuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mähren-Schlesien, Subkarpaten-Rus., in: Osteuropa, 49. Jg. (1999), H. 6, S. 597.

²¹ Vgl. Kolstø: Territorial Autonomy, S. 214.

²² Vgl. Lijphart, Arend: Consociational Democracy, in: World Politics, 22. Jg. (1969), H. 21, S. 207-225.

²³ Für eine eingehende Kritik des Ansatzes von Lijphart vgl. Horowitz, Donald: Ethnic Groups in Conflict, Berkeley, Los Angeles und London 1985, S. 569-577.

anzusprechen²⁴, gehen oft transformationstheoretische Untersuchungen von einer ausschließlichen Beweislast der Mehrheitsbevölkerung aus, vertrauensbildende und integrierende Maßnahmen gegenüber ethnischen Minderheiten zu ergreifen.²⁵ Dabei wird oft – eigentlich empirisch kaum zu rechtfertigen – von einem Axiom der Unschuld vor Minderheiten gegenüber dem grenzenlosen Nationalismus aggressiver Mehrheitsbevölkerungen ausgegangen, der durch Mechanismen der Territorialautonomie in Zaum gehalten werden soll. Es ist vielleicht nicht zufällig, dass die Ansätze solcher einigermaßen idealisierender Theoretiker etwa von Experten widerlegt werden, die unmittelbar an Konfliktlösungen beteiligt sind. Der OSZE-Experte Walter Kemp verweist darauf, dass man kaum von der Mehrheitsbevölkerung erwarten könne, auf die eigene kulturelle Reproduktion zu verzichten, zumal Minderheiten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hätten, darunter auch den staatlichen Zusammenhalt nicht in Frage zu stellen.²⁶ Gerade die secessionistischen Bestrebungen von Minderheiten überall in der ehemaligen Sowjetunion, die in der einseitigen Erklärung unabhängiger Republiken vielerorts einen Höhepunkt fanden, lassen Zweifel daran entstehen, inwieweit sich diese Bevölkerungsgruppen immer zum gemeinsamen Staat bekennen.

Es sei an dieser Stelle nicht geleugnet, dass vor allem Anfang der 90er Jahre eine Welle des Nationalismus sämtliche ehemaligen Unionsrepubliken erfasst hat – dies gilt uneingeschränkt für die junge Republik Moldau.²⁷ Die Bezeichnung der Gegenbewegungen der Minderheiten als reaktiven Nationalismus – der von nicht wenigen Autoren, so etwa Troebst, moralisch rechtfertigt wird²⁸ - verkennt jedoch, dass die Befreiungsbewegungen seitens der Titularbevölkerungen *ebenfalls* als reaktive Nationalismen nach einer fast 50-jährigen Russifizierung auf dem Weg hin zum *homo sovieticus* zu betrachten sind. Gerade darin liegt auch die Brisanz der staatlichen Konsolidierung in den ehemaligen Sowjetrepubliken: Nationsbildung der Titularbevölkerung im Gesamtstaat und ethnische Mobilisierung von Minderheiten auf regionaler Ebene fanden – und finden immer noch - parallel statt.²⁹

Die vorliegende Arbeit stellt sich demnach die Frage, ob diese gleichzeitig verlaufenden Prozesse, die durch die Unabhängigkeit der Republik Moldau und die

²⁴ Vgl. Kymlicka: *Western Political Theory*, S. 28.

²⁵ Vgl. hierzu Kolstø: *Territorial Autonomy*, S. 214.

²⁶ Vgl. Kemp, Walter: *Applying the Nationality Principle: Handle with Care*, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, 1. Jg. (2002), H. 4, S. 3, http://www.ecmi.de/jemie/download/Focus4-2002_Kemp_Kymlicka.pdf, download 18.10.2007.

²⁷ Vgl. Troebst: *Die Autonomieregelung für Gagausien*, S. 76.

²⁸ Vgl. Troebst: *Autonomiebewegungen*, S. 610.

²⁹ Vgl. Hughes und Sasse: *Comparing Regional and Ethnic Conflicts*, S. 21.

Entstehung der Autonomen Territorialeinheit Gagausien über eine institutionelle Grundlage verfügen, die demokratische Konsolidierung des moldauischen Gesamtstaates behindern oder – im Gegenteil – zu dessen Stärkung beitragen. Um dieser Problemstellung gerecht zu werden, soll in einem ersten Schritt untersucht werden, inwieweit die Territorialautonomie der Gagausen zu einer Stärkung der Identität dieser Bevölkerungsgruppe beigetragen hat und somit dem als legitim betrachteten Recht auf einen eigenen Nationsbildungsprozess dienlich war. In einem zweiten Schritt soll erfasst werden, inwieweit seitens der Autonomen Territorialeinheit Gagausien ein Bekenntnis zur Integrität des moldauischen Staates vorhanden ist, einschließlich hinsichtlich der Stellung des Rumänischen, da – entsprechend dem Ansatz von Kymlicka – selbst von einer ihr eigenes *nationalizing project* verfolgender Minderheit verlangt werden kann, die Landessprache zu erlernen und dieser für die Selbstanerkennung im Sinne von Offe eine identitätsstiftende Funktion zukommt.³⁰ Anschließend soll die Politik der Zentralregierung gegenüber Comrat thematisiert werden, zumal Chişinău von einer „obsessiven Angst“ einer Abspaltung Gagausiens geprägt ist und in die Rechte des autonomen Gebietes mehr oder minder erfolgreich mehrfach einzugreifen versuchte.³¹ Letztens erfolgt eine Betrachtung der antagonistischen Ziele der moldauischen und gagausischen Projekte des Nationsaufbaus. Im Fazit sollen die Erkenntnisse der genannten Abschnitte zusammengefasst werden. Es soll festgestellt werden, inwieweit die oben angeführten Zugänge aus der Demokratietheorie und aus den Regionalstudien der Empirie am Beispiel der Republik Moldau standhalten. Zuvor erscheint ein Exkurs notwendig, um die Stellung Gagausiens als Sonderfall im postsowjetischen Raum darzustellen.

³⁰ Vgl. Kymlicka: *Western Political Theory*, S.48.

³¹ Formuzal, Mihail: Interview mit Emmet Tuohy und Melinda Haring, in: Radio Free Europe, 05.04.2007, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2007/04/e3dc919f-38ea-4f73-bbc7-4468bae6aa7a.html>, download 30. 09.2007. Vgl. auch Webster, John: *Model for Europe? An Evaluation of Moldova's Autonomy for the Gagauz* (= ECMIMoldova.org: Gagauzia: Publications), S. 12f., 2005, <http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/Gagauz.Pub/Webster.pdf>, download 30. 09.2007.

2. 13 Jahre gagausische Territorialautonomie – halbherziger Nationsaufbau, sowjetische Identität und Skepsis gegenüber dem moldauischen Zentralstaat

2.1. Exkurs - Gagausien als Sonderfall im postsowjetischen Raum

Die Errichtung der Autonomen Territorialeinheit Gagausien stellt nicht nur im osteuropäischen Kontext ein Novum dar, sondern auch im postsowjetischen Raum. Im Gegensatz zu anderen ethnischen Minderheiten besaßen die Gagausen in der UdSSR nie eine „eigene“ Gebietskörperschaft und können daher kaum auf eine historisch einwandfrei belegbare Tradition von Staatlichkeit bzw. staatlicher Strukturen zurückblicken. Selbst die gelegentlich zum Vergleich mit Gagausien herangezogene Krim-Republik in der Ukraine kann eine kurzlebige Existenz als autonome Republik innerhalb der UdSSR in der Zwischenkriegszeit vorweisen.³² In der Tat sprechen Intellektuelle im autonomen Gebiet gerne von der Existenz eines gagausischen Staates im 14. und 15. Jahrhundert, um ihr Recht auf Selbstbestimmung zu untermauern.³³ Es gibt jedoch – und darin liegt schon eine Ursache der Stellung der Gagausen als Sonderfall – insgesamt nicht weniger als 19 (!) Theorien hinsichtlich der Genese des gagausischen Volkes, so dass solche Behauptungen mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind.³⁴ Die wahrscheinlich als Nachkommen der türkischen Oguz-Stämme zu betrachtenden Gagausen sollen sich im 13. Jahrhundert in Dobrudscha (dem östlichen Teil des heutigen Rumänien und dem Nordosten Bulgariens) niedergelassen haben.³⁵ Dort sollen sie sich zum orthodoxen Christentum bekehrt haben – einer Glaubensgemeinschaft, der bis heute die überwiegende Mehrheit der Gagausen angehört und diese Bevölkerungsgruppe auch als ethnologischen Sonderfall einstufen lassen, da christliche Türkvölker eine Seltenheit sind.³⁶ Im Zuge der russisch-osmanischen Kriege im 18. Jahrhundert begann eine fast hundert Jahre andauernde Migration der Gagausen, die sich im Gebiet Bugeac, im Süden der Republik Moldau – damals unter russischer Herrschaft - niederließen.³⁷ Deren langjähriges Zusammenleben mit den Bulgaren unter osmanischer Herrschaft hat allerdings nicht wenige veranlasst, den Gagausen die Eigenständigkeit als Nation abzusprechen und sie mitunter als christliche

³² Vgl. Kolstø: Territorial Autonomy, S. 207.

³³ Vgl. Boțan: The recent elections, S. 3.

³⁴ Vgl. King, Charles: Moldovenii. România, Rusia și politica culturală, aus dem Englischen von Diana Stanciu, Chișinău 2002, S. 212f.

³⁵ Vgl. ebda., S. 212.

³⁶ Vgl. Chinn und Roper: Gagauzia, S. 88.

³⁷ Vgl. ebda.

Türken oder als türkisierte Bulgaren abzustempeln. Noch 1897 wurden sie bei der russischen Volkszählung nicht gesondert erfasst.³⁸ Selbst die gagausische Sprache wird gelegentlich als Dialekt des Türkischen bezeichnet.³⁹

In der Zeit als der Großteil der heutigen Republik Moldau zu Rumänien gehörte (1918-1940 und 1941-1944) gab es – halbherzige – Rumänisierungsversuche, wobei deren „Erfolg“ sich durchaus in Grenzen hielt.⁴⁰ Unter sowjetischer Herrschaft war das Hauptsiedlungsgebiet der Gagausen eine der am meisten von den Behörden, sowohl auf zentraler, als auch auf unionsrepublikanischer Ebene, vernachlässigten Regionen.⁴¹ Abgesehen von einer kurzen Zeit Ende der 50er Jahre existierten keine Schulen mit Gagausisch als Unterrichtssprache oder auch nur als Schulfach, so dass gerade die zahlenmäßig kleine gebildete Schicht in russischer Sprache sozialisiert wurde. Das ist zwar kein spezifisch gagausisches Phänomen – wie Chinn und Roper zutreffend bemerken⁴² - jedoch dürfte der Hinweis darauf, dass das Gagausische als letzte aller Turksprachen auf dem Gebiet der UdSSR ein standardisiertes (kyrillisches) Alphabet erhielt, eindeutig die schwache Stellung des wohl einzigen identitätsstiftenden Elementes der gagausischen Nation belegen.⁴³ Somit ist es nicht überraschend, dass die Gagausen vielmehr eine „sowjetische“ Identität entwickelten.⁴⁴

Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, auf die Geschichte der gagausischen Nationalbewegung im Zuge der *Perestroika* einzugehen, jedoch sind diejenigen Aspekte kurz anzusprechen, welche die Sonderstellung der Gagausen im Kontext der Emanzipation der Völker unter sowjetischer Herrschaft erneut unterstreichen. Gagausische und moldauische Eliten kooperierten am Anfang im Rahmen der sog. Volksfront, die eine Distanzierung von Moskau anstrebte.⁴⁵ Der entscheidende Bruch zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Gagausen erfolgte nach der Verabschiedung einer neuen Sprachengesetzgebung am 31. August 1989, welche die moldauische Sprache – eine Variante des Rumänischen⁴⁶ - zur Staatssprache erklärte und gleichzeitig Russisch

³⁸ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 213f.

³⁹ Vgl. Corețchi, Ana et al.: *The Republic of Moldova: Dimensions of the Gagauz Socio-Linguistic Model*, Vortrag World Congress of Language Policies, Barcelona, 16.-20.04.2002, http://www.linguapax.org/congres/taller/taller3/article15_ang.html, download 18.10.2007.

⁴⁰ Vgl. Roper, Steven: *Regionalism in Moldova: The Case of Transnistria and Gagauzia*, in: Hughes, James und Gwendolyn Sasse: *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union*, London und Portland 2002, S. 102f.

⁴¹ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 213f.

⁴² Vgl. Chinn und Roper: *Gagauzia*, S. 90.

⁴³ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 213.

⁴⁴ Hughes und Sasse: *Conflict and Accomodation*, S. 228.

⁴⁵ Vgl. Chinn und Roper: *Gagauzia*, S. 92.

⁴⁶ Zur Identität zwischen dem Moldauischen und dem Rumänischen vgl. Bochmann, Klaus: „*Moldovenește*“ sau „*românește*“? Aspecte lingvistice, culturale și politicii ale limbii de stat, in: Ders.: *Limba română: istorie, variante, conflicte. O privire din afară*, Chișinău 2004, S. 191ff. Es gibt aber in der Republik Moldau auch

zur „Sprache der interkulturellen Kommunikation“ herabstufte.⁴⁷ Die neue Regelung sah eine Übergangszeit vor, in der sämtliche Angestellte, die im Publikumsverkehr tätig waren, sowohl in Russisch, als *auch* in der Landessprache ihre linguistische Kompetenz vorzuweisen hatten. Diese – vor allem in Hinblick auf durchaus radikalere Maßnahmen in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, allen voran in den baltischen Staaten – moderat anmutende Neuerung stieß nicht nur auf den Widerstand der russischsprachigen Eliten im Osten des Landes, sondern auch bei den Gagausen. Der Hintergrund war, dass letztere von der Regelung am härtesten getroffen waren. Entsprechend sowjetischen Zahlen aus demselben Jahr besaßen nur 4% von ihnen Kenntnisse der neuen Staatssprache – weniger als *jede* andere ethnische Minderheit in der Republik Moldau.⁴⁸ Indes war der Zustand der Kenntnisse des Gagausischen auch derart katastrophal geworden, dass selbst einige Veranstaltungen der gagausischen Nationalbewegung in russischer Sprache stattfinden mussten. Dementsprechend betonten die Gagausen in ihrer ersten Reaktion auf das neue Sprachengesetz ihre Ablehnung der nunmehr schwächeren rechtlichen Stellung des Russischen.⁴⁹ Dennoch sei erwähnt, dass neben diesem reaktivem Nationalismus durchaus auch positive Schritte unternommen wurden, um die gagausische Kultur wieder zu beleben, die unter anderem in der – übrigens von der moldauischen Zentralregierung unterstützten - Gründung der Staatlichen Universität in Comrat, einschließlich einer Fakultät für nationale Kultur, und in der Ausstrahlung gagausischsprachiger Fernseh- und Radiosendungen mündeten.⁵⁰

Ein weiterer Aspekt – diesmal wohl mit positiven Folgen – zeichnet Gagausien auch als Sonderfall in der postsowjetischen sicherheitspolitischen Konstellation aus. Im Gegensatz zu Transnistrien oder auch zu anderen Konfliktherden in den GUS-Staaten waren in der heutigen Autonomen Territorialeinheit keine sowjetischen Truppen stationiert und es gab auch keine Waffenlager, die externen Akteuren – allen voran Moskau – ein allzu großes Interesse an der Aufrechterhaltung eines Konfliktes zwischen

Gegenstimmen, die Moldauisch als eigenständige Sprache betrachten. Als Kompromiss hat sich mitunter die neutrale Formel *limba de stat* (Staatssprache) in der Gesellschaft durchgesetzt, wobei aber die Akademie der Wissenschaften in Chişinău die Landessprache als Rumänisch bezeichnet. Vgl. hierzu Cîscel, Mark: A Separate Moldovan Language? The Sociolinguistics of Moldova's *Limba de Stat*, in: Nationalities Papers, 34. Jg. (2006), H. 5, S. 576.

⁴⁷ Vgl. Riedel, Sabine: Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration, Wiesbaden 2005, S. 196. Siehe auch Legea cu privire la funcţionarea limbilor pe teritoriul RSS Moldoveneşti, Nr. 3465-XI, in: *Veştile* 9/217, 01.09.1989, <http://www.iatp.md/ladom/downloads/M3.doc>, download 26.11.2007.

⁴⁸ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 123. Eigene Hervorhebung.

⁴⁹ Vgl. Chinn und Roper: *Gagauzia*, S. 90.

⁵⁰ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 216ff.

Chişinău und Comrat bescheren konnten.⁵¹ Zwar wurde im Herbst 1989 eine eigenständige gagausische Republik ausgerufen, die im August 1990 ihre Unabhängigkeit erklärte, jedoch kam es nur zu sporadischen Auseinandersetzungen zwischen gagausischen Freischärlern einerseits und moldauischen Sicherheitskräften andererseits.⁵² Selbst in der Zeit der „Unabhängigkeit“ zwischen 1990 und 1994 erhielten die lokalen Behörden in Gagausien Subventionen vom moldauischen Budget, so dass die Qualität der Auseinandersetzungen aufgrund dieser ökonomischen Abhängigkeit nie ein allzu hohes destabilisierendes Ausmaß erreichen konnte.⁵³ Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region – gekoppelt mit dem erwähnten Fehlen sicherheitspolitischer Interessen – begünstigten letztendlich den Kompromiss 1994, der zur Wiedereingliederung Gagausiens in die Republik Moldau führte.

Es ist an dieser Stelle zu betonen, dass den Gagausen durch das Gesetz über den rechtlichen Sonderstatus ihrer Region das Recht auf externe Selbstbestimmung – d.h. der Abspaltung von der Republik Moldau – gewährt wurde, sollte letztere, wie Anfang der 1990er Jahren von Comrat befürchtet, eine Wiedervereinigung mit Rumänien anstreben.⁵⁴ Dabei ist gerade eine solche Regelung keineswegs üblich für Autonomievereinbarungen, weder in Osteuropa, noch im restlichen postsowjetischen Raum. Ferner erlangte die Autonome Territorialeinheit Gagausien ein qualitativ und quantitativ hohes Ausmaß an Kompetenzen, wie die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (die sog. Venedig-Kommission) in einem Bericht feststellt:

“the extent of the powers conferred on the Gagauzian autonomous institutions is very striking. The range of matters on which the People’s Assembly [von Gagausien, A.A.] can legislate is almost fully comprehensive. It is difficult to see any important area, which is excluded from their competence apart from defence and foreign policy.”⁵⁵

Tatsächlich sahen sowohl das Gesetz über den Status des autonomen Gebietes, wie auch das später von den Gagausen verabschiedete *Regulament* (einer Art regionalen Verfassung) Befugnisse der einheimischen Legislative in Bereichen wie Bildung, Kultur und Wissenschaft, Gesundheitsförderung, Soziales, sowie Wirtschaft und Umweltschutz

⁵¹ Vgl. Roper: Regionalism, S. 117f.

⁵² Vgl. Chinn und Roper: Gagauzia, S. 95.

⁵³ Vgl. King: Moldovenii, S. 219.

⁵⁴ Vgl. Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien, S. 76.

⁵⁵ European Commission for Democracy through Law (Venice-Commission) (Hrsg.): Law on modification and addition in the Constitution of the Republic of Moldova, 2002, [http://www.venice.coe.int/docs/2002/CDL\(2002\)029-e.asp](http://www.venice.coe.int/docs/2002/CDL(2002)029-e.asp), download 26.11.2007.

vor. Es wurden eine gagausische Volksversammlung, eine regionale Exekutive mit einem Gouvernuer an der Spitze, wie auch örtliche Gerichte eingeführt.⁵⁶ Gagausische Vertreter sitzen in sämtlichen moldauischen Ministerien, um die Interessen der Region auch auf zentraler Ebene verteidigen zu können – ein integratives Element einer ansonsten auf Trennung basierenden Autonomievereinbarung. Der Gouverneur ist *qua officio* Mitglied der Regierung der Republik Moldau.⁵⁷ Aus Sicht der örtlichen Bevölkerung war allerdings insbesondere die Sprachenregelung von Bedeutung, die neben dem Gagausischen und der Staatssprache der Republik Moldau, auch das Russische als regionale Amtssprache anerkannte.⁵⁸

Eine schwache nationale Identität, eine starke Russifizierung während der Sowjetzeit, die sozioökonomische Schwäche des von den Gagausen bewohnten Gebiets, sowie das Fehlen entscheidender äußerer sicherheitspolitischer Interessen, bei gleichzeitiger Institutionalisierung eines relativ hohen Maßes an Selbstständigkeit charakterisierten also die gagausische Emanzipationsbewegung der 1990er Jahre. Diese spezifische Konstellation ist im postsowjetischen Raum einmalig, so dass eine Verallgemeinerung der Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit nur begrenzt möglich erscheint.

2.2. Gagausische Identität nach 1995

Die Untersuchung der Entwicklung der gagausischen Identität nach 1995 setzt sich vor allem mit der Problematik des Erfolges des Nationsaufbaus in der autonomen Region auseinander. Wie bereits erwähnt, gilt Territorialautonomie als Mittel der strukturellen Unterstützung eines *nationalizing projects* ohne die Veränderung internationaler Staatsgrenzen. Kymlicka verweist darauf, dass der Nationsaufbau einer ethnischen Minderheit auf regionaler Ebene dieselbe moralische Berechtigung hat wie das entsprechende Vorhaben der Titularnation im Gesamtstaat.⁵⁹ Diese positive Dimension der Autonomie als institutionelle Stütze der Förderung der regionalen Identität stellt daher

⁵⁶ Vgl. Legea privind statutul juridic special al Găgăuziei, Nr. 344-XIII, Monitorul Oficial al Republicii Moldova, nr. 3-4/14.01.1995, <http://www.e-democracy.md/files/elections/gagauzia2006/special-legal-status-gagauzia-ro.pdf>, download 26.11.2007 und Regulamentul Găgăuziei, <http://www.e-democracy.md/files/elections/gagauzia2006/regulations-gagauzia-ro.pdf>, download 26.11.2007.

⁵⁷ Vgl. Neukirch, Claus: Autonomy and Conflict Transformation. The Case Of The Gagauz Territorial Autonomy In The Republic Of Moldova, in: Gal, Kinga (Hrsg.): Minority Governance in Europe (=Series on Ethnopolitics and Minority Issues: 1), Budapest 2002, S. 112.

⁵⁸ Vgl. Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien, S. 77.

⁵⁹ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 27.

neben der Schutzfunktion gegen die Assimilierung durch die Mehrheitsbevölkerung einen entscheidenden legitimatorischen Pfeiler der Autonomen Territorialeinheit Gagausien dar.

Es ist angesichts der oben ausführlich dargestellten identitären Schwäche der gagausischen Nation durchaus schwierig, die Auswirkungen des Autonomiestatuts auf die Förderung der einheimischen Kultur objektiv zu bewerten. Geht man nämlich vom Ansatz aus, dass Nationsaufbau vor allem die Existenz sozialer Institutionen, die in der nationalen Sprache funktionieren, zum Ziel hat, so ist die gagausische Autonomie zweifellos bislang gescheitert. Selbst der gagausische Gouverneur Mihail Formuzal gab in einem Interview aus dem Frühjahr 2007 zu, dass das einheimische Idiom nicht ausreichend geschützt sei und in den Behörden nicht verwendet werde.⁶⁰ Obwohl die Gagausen die einzige Minderheit in der Republik Moldau darstellen, die über Territorialautonomie verfügt, gibt es keine einzige Schule mit Gagausisch als Unterrichtssprache, während paradoxerweise sämtliche anderen Bevölkerungsgruppen – Russen, Ukrainer und Bulgaren – über muttersprachliche Bildungseinrichtungen verfügen.⁶¹ Die einheimische Sprache wird in der Autonomen Territorialeinheit Gagausien lediglich als Schulfach unterrichtet, wobei dies auch nicht flächendeckend erfolgt.⁶² Abgesehen von zwei rumänischsprachigen Gymnasien werden Kinder und Jugendliche in der Region auf Russisch unterrichtet. Nach Angaben führender gagausischen Beamten sind es sogar die Eltern, die auf die Beibehaltung des Russischen als Bildungssprache bestehen.⁶³ Die Konsequenzen einer solchen Einstellung sind für die Sprache an sich verheerend. Die funktionale Beschränkung der Verwendung eines Idioms – in diesem Falle durch die Benutzung des Gagausischen lediglich im häuslichen Bereich – in einem zweisprachigen Kontext mit einer anderen, dominierenden Sprache liefert ersteres der Gefahr des Aussterbens aus.⁶⁴ Es mutet daher grotesk an, dass selbst der Internet-Auftritt der Fakultät für nationale Kulturen in Comrat ausschließlich russischsprachig ist. Sogar nationalistisch gesinnte politische Gruppierungen führen in Gagausien ihren Wahlkampf auf Russisch durch. Örtliche Gesetze werden nur in russischer Sprache veröffentlicht und es bedurfte eines Einschreitens des moldauischen (!) Verfassungsgerichts, damit zumindest das regionale Grundgesetz auch ins Gagausische übersetzt wird.⁶⁵

⁶⁰ Vgl. Formuzal: Interview, Radio Free Europe..

⁶¹ Vgl. Cojocar, Natalia: In R. Moldova, sunt 282 de școli cu predare în limba rusă, in: Timpul, Nr. 341, 26.09.2006, <http://www.timpul.md/Rubric.asp?idIssue=240&idRubric=303>, download 26.11.2007.

⁶² Vgl. Banaru, Ecaterina: O zi în sudul Republicii. Comrat – Ceadâr-Lunga (partea I), 30.11.2005, <http://www.mdn.md/index.php?day=2096>, download 10.09.2007.

⁶³ Vgl. ebda.

⁶⁴ Vgl. Ciscel: A Separate Moldovan Language?, S. 584.

⁶⁵ Vgl. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 118.

Dennoch darf gleichzeitig nicht geleugnet werden, dass auch Erfolge zu vermerken sind. Gagausische Fernseh- und Radiosendungen – einschließlich eines eigenen öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Region – gehören zum Alltag.⁶⁶ Im Jahr 2006 fand in Comrat der Weltkongress der Gagausen statt, dem sicherlich auch eine identitätsstiftende Funktion eingeräumt werden kann. Es gibt in der Hauptstadt Comrat ein gagausisches Museum und auch eine eigene Kunstaussstellung, während mithilfe von Fördergeldern aus der Türkei zumindest für die Klassenstufen 1 bis 9 Lehrbücher für das Fach Gagausisch herausgegeben werden konnten. An örtlichen Schulen gibt es – in geringer Anzahl – Unterrichtsstunden zur Geschichte der Gagausen. In Comrat werden am Nationaltheater Stücke (auch) in der einheimischen Sprache aufgeführt.⁶⁷ Die Bescheidenheit dieser Ergebnisse ist aber offensichtlich, zumal andere typische Felder des *nation-building*, wie etwa die Umbenennung von Straßen oder Plätzen nicht angegangen worden sind.⁶⁸

Eine Beurteilung der gegenwärtigen Situation der gagausischen Identität muss dennoch einsehen, dass etwa die Einführung des örtlichen Idioms als Unterrichtssprache aus sozioökonomischen Gründen bedenklich ist. Ohne Kenntnisse entweder der Staatssprache der Republik Moldau oder des Russischen wären die Weiterbildungsmöglichkeiten gagausischer Jugendlichen – vor allem im Sinne eines Hochschulstudiums – stark eingeschränkt.⁶⁹ Außerhalb der strukturschwachen Region ist schließlich Gagausisch eine Fremdsprache. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass Eltern die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder opfern würden, um die gagausische Sprache zu stärken. Dabei wäre – selbst wenn diese Bereitschaft gegeben sein sollte – die Einführung des Gagausischen als Unterrichtssprache ohnehin zum jetzigen Zeitpunkt faktisch kaum möglich. Es fehlt dem Idiom der Gagausen etwa an fachsprachlichen Termini im technischen, wirtschaftlichen und medizinischen Bereich.⁷⁰ Hinzu kommt eine abwertende Einstellung der Einheimischen gegenüber ihrer eigenen Sprache. Es kennzeichnet wohl die Situation drastisch, dass ein sich als patriotisch bezeichnender gagausischer Journalist die Ansicht vertritt, es sei „entgegen der Vernunft, Chemie und Physik [...] auf Gagausisch zu lernen.“⁷¹ Der Übergang von der kyrillischen Schrift – die seit 1957 für die

⁶⁶ Vgl. Banaru: O zi în sudul Republicii und Chinn und King: Moldovenii, S. 217,

⁶⁷ Vgl. Banaru: O zi în sudul Republicii.

⁶⁸ Vgl. Banaru, Ecaterina: Este un lucru firesc pentru găgăuzi să cunoască câteva limbi, 11.11.2005, <http://www.mdn.md/index.php?day=2001>, download 11.09.2007.

⁶⁹ Vgl. Webster: Model for Europe, S. 11.

⁷⁰ Vgl. Ziariști fără frontiere (Hrsg.): Comrat, Bericht Journalistentreffen, o.J., <http://www.timpul.mdl.net/nistru/ComratNou.htm>, download 03.11.2007.

⁷¹ Vgl. ebda.

gagausische Sprache galt – zum lateinischen Alphabet ab dem Schuljahr 1996/1997 ist auch ein Hemmnisfaktor für die Entwicklung des einheimischen Idioms. Wie ein Experte vor Ort bemerkte, können Eltern, denen die neue Schrift selbst in der Muttersprache fremd ist, ihren Kindern beim Lernen des neuen Alphabets nicht helfen.⁷² John Webster zieht ein zynisches Fazit hinsichtlich der Auswirkungen der gagausischen Territorialautonomie auf die Wiederbelebung der einheimischen Identität: “In general, the autonomy probably has not hurt the cultural development, though it has not done much to foster it either.”⁷³

Ungelöst – und daher maßgeblich für das Misslingen des Nationsaufbaus in Gagausien verantwortlich – bleibt der Konflikt innerhalb gagausischer Eliten hinsichtlich einer Bezugskultur für das kleine Volk. Ein Streitpunkt im ersten Wahlkampf nach der Autonomievereinbarung 1995 lag in der Frage, ob eine diesbezügliche Annäherung an Russland oder eher an die Türkei – aufgrund der engen Verwandtschaft zwischen Türken und Gagausen - anzustreben sei.⁷⁴ Ankara war maßgeblich an der Lösungsfindung für den Konflikt zwischen Chişinău und Comrat 1994 beteiligt.⁷⁵ Die großzügige wirtschaftliche Unterstützung der Türkei für die autonome Region kommt nicht nur Infrastrukturprojekten zugute, sondern auch der Kultur. Regelmäßig werden Stipendien an junge Gagausen vergeben, die ihnen ermöglichen, an türkischen Hochschulen zu studieren. Künstler und Journalisten sind ebenfalls gefördert worden.⁷⁶ Wie bereits erwähnt, konnten die Lehrbücher für das Fach Gagausisch erst mit türkischer Hilfe erneuert werden. Der Rektor der Universität Comrat behauptete daher schon 2004, dass die engen Beziehungen zur türksprachigen Welt die nationale Identität gestärkt hätten.⁷⁷ Die Angst vor schleichenden Einflüssen des Islam galt allerdings den Gegnern einer Annäherung an Ankara als Argument, um eher auf die Beziehungen zu Russland als bevorzugten Partner zu setzen.⁷⁸ Jenseits dieser 1995 offensichtlich (auch) aus wahlkampfaktischen Gründen hervorgebrachten These, erscheint der Einfluss der Türkei tatsächlich auch seine negativen Seiten zu haben. King verweist auf die Finanzierung eines privaten Gymnasiums in der zweitgrößten gagausischen Stadt Ceadâr-Lunga durch einen religiösen Führer aus der Türkei.⁷⁹ Gagausische Frauen wandern in großen Zahlen in die Türkei aus, darunter sogar ein gesamter Jahrgang von der Fakultät für nationale

⁷² Vgl. Chinn und Roper: Gagauzia, S. 90.

⁷³ Webster: Model for Europe?, S. 11f.

⁷⁴ Vgl. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 118.

⁷⁵ Vgl. Formuzal: Interview, Radio Free Europe.

⁷⁶ Vgl. King: Moldovenii, S. 224.

⁷⁷ Vgl. Webster: Model for Europe?, S. 12.

⁷⁸ Vgl. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 118.

⁷⁹ Vgl. King: Moldovenii, S. 224.

Kultur.⁸⁰ Dementsprechend fällt die Bilanz des türkischen Engagements in der Autonomen Territorialeinheit eher gemischt aus.

In der einschlägigen Literatur über die Entwicklung der gagausischen Autonomie in identitätspolitischer Hinsicht wird allerdings kaum der von Hughes und Sasse aufgestellten – aber nicht ausgearbeiteten - These Rechnung getragen, dass die Gagausen eine starke „sowjetische“ Identität aufweisen würden, die einem lokalen Nationalismus entgegenstehe.⁸¹ Sabine Riedel weist jedoch – ebenfalls zu Recht – dass kulturelle Identitäten sozial konstruiert sind, so dass dementsprechend auch nicht von der Kontinuität und Objektivität der konstituierenden Elementen hiervon, einschließlich der Sprache, ausgegangen werden könne.⁸² Es ist daher sehr wohl möglich, dem Gagausischen seine alleinige zentrale Rolle für die Bevölkerung der Autonomen Territorialeinheit abzuspochen. Vielmehr ist die russische Sprache ebenfalls als Kern gegenwärtigen gagausischen Selbstverständnisses zu betrachten.

Die Ideologie des *homo sovieticus* stellte die russische Sprache in den Mittelpunkt, ohne aber den Muttersprachen der ethnischen Minderheiten innerhalb der UdSSR ihre Rolle abzuspochen. Vielmehr gab es in den Unionsrepubliken ein gewisses Maß an Zweisprachigkeit, aber mit der eindeutigen Dominanz des Russischen. Zu Sowjetzeiten wurde etwa in der Republik Moldau stets auch die Landessprache gefördert, wobei jedoch Russisch Behörden-, Bildungs- und interethnische Kommunikationssprache war.⁸³ In Gagausien wird an diesem Modell – im Gegensatz zum Rest der Republik Moldau – offensichtlich angeknüpft. Wie bereits erwähnt erfolgt der Unterricht auf allen Ebenen weitgehend in russischer Sprache. Die Arbeit in allen Behörden wird auf Russisch erledigt. Die überwiegende Anzahl der Medien vor Ort ist russischsprachig.⁸⁴ Eine gagausische Wissenschaftlerin warnt sogar, dass eine Abkehr von der russischen Sprache für die örtliche Bevölkerung „traumatische“ Konsequenzen haben könne, da dieses Medium den Zugang der Gagausen zu den „Werten der Zivilisation“ ermögliche.⁸⁵ Versuche der Regierung in Chişinău, Russisch durch die Staatssprache der Republik Moldau im Bildungssystem zu ersetzen, wurden sowohl von den Eltern, als auch von den

⁸⁰ Vgl. Ziarişti fără frontiere: Comrat.

⁸¹ Hughes und Sasse: Conflict and Accommodation, S. 228.

⁸² Vgl. Riedel: Die Erfindung der Balkanvöler, S. 20.

⁸³ Vgl. Ciscel: A Separate Moldovan Language?, S. 579.

⁸⁴ Vgl. Mocanu, Ghenadie und Maia Sadovici: Limba care ne uneşte, in: Primarul, Nr. 52, April 2006, S. 7, <http://www.moldova.org/download/rom/521/>, download 03.11.2007.

⁸⁵ Vgl. Nikoglo, Diana: Situaţia lingvistică în UTAG: probleme şi perspective, 07.03.2006, <http://www.mdn.md/cultural.php?rubr=2461>, download 11.09.2007.

Behörden abgelehnt.⁸⁶ Diese Herangehensweise hat eine identitätspolitische Schlüsselstellung auch deshalb, weil russischsprachige Bildungseinrichtungen in der Republik Moldau in Fächern wie Geschichte oder Erdkunde Lehrbücher verwenden, die in Russland herausgegeben werden und ein entsprechendes Weltbild vermitteln. Moldauische Bildungsexperten bemängeln, dass dadurch die ethnisch bedingte Trennung der Bevölkerung zementiert werde.⁸⁷

Auch andere Elemente einer sowjetischen Identität werden in Gagausien gepflegt. Vor dem Sitz der regionalen Regierung steht immer noch eine Statue von Lenin, während die Hauptstraße in Comrat den Namen desselben trägt. Der Gouverneur von Gagausien betont die Dankbarkeit seines Volkes gegenüber Russland und das gute Verhältnis zu Moskau.⁸⁸ Das gagausische Wählerverhalten entspricht auch eher einem sowjetisch gesinnten Bewusstsein. Bei den ersten Wahlen nach der Erlangung der Territorialautonomie 1995 wurden die nationalistischen Anführer der gagausischen Emanzipationsbewegung aus den frühen 1990er Jahren prompt abgewählt und durch moderatere Kräfte unter dem ehemaligen örtlichen Parteisekretär Gheorghe Tabunșic ersetzt.⁸⁹ Gagausische Wähler stimmen stets tendentiell für Parteien mit russlandfreundlichen Programmen ab. Exemplarisch hierfür seien die Wahlergebnisse der in Chișinău regierenden Partei der Kommunisten (PCRM) herangezogen. Bei den Parlamentswahlen 2001, als die PCRM noch eine moskaufreundliche Agenda vertrat, erhielt sie in Gagausien gut 80% der Stimmen, während im Rest des Landes nur 50% für die PCRM votierten. Im März 2005 – nachdem die Kommunisten außenpolitisch die Nähe zu Europa zu predigen begannen – erhielt die Regierungspartei einen 1,5fach niedrigeren Stimmenanteil in der autonomen Region als im Rest des Landes. Die gagausischen Wähler gaben stattdessen der neu entstandenen, explizit prorussischen Bewegung „Patria-Rodina“ (dt.: „Vaterland“) die Hälfte ihrer Stimmen.⁹⁰ Interessanterweise gilt selbst die Forderung nach regionaler Autonomie als Resultat einer Sozialisierung der Eliten in der Zeit der UdSSR, denn gerade das sowjetische System kannte *nur* eine territorial basierte Institutionalisierung der Förderung von Minderheiten, während landesweite kulturelle Rechte nur von der russischen Bevölkerungsmehrheit geltend gemacht werden konnten.⁹¹

⁸⁶ Vgl. Banaru: O zi în sudul Republicii.

⁸⁷ Vgl. Cojocaru: 282 școli în limba rusă.

⁸⁸ Vgl. Formuzal: Interview, Radio Free Europe.

⁸⁹ Vgl. King: Moldovenii, S. 222.

⁹⁰ Vgl. Boțan: The recent elections, S 11f.

⁹¹ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 96.

Die identitätspolitische Ausrichtung sowjetischer Prägung hat offensichtlich einen durchaus höheren Stellenwert in der gagausischen Gesellschaft, als ein auf die türkstämmigen Wurzeln aufbauendes Projekt für den Nationsaufbau. Die gagausische Autonomie erscheint deswegen vielmehr eine Bewahrung eines *Status Quo* aus der Sowjetzeit bewirkt zu haben als eine wirksame Entfaltung der gagausischen Kultur. Gerade kritische Stimmen unter den Moldauern unterstellen deswegen der gagausischen Seite mangelnden Integrationswillen in den sich von der sowjetischen Vergangenheit emanzipierenden Gesamtstaat.⁹² Diese These erfordert eine Untersuchung des Verhältnisses der Gagausen zur Republik Moldau, zumal – wie in der Einleitung dieser Arbeit angesprochen – die Identifikation der Bürger mit ihrem Staat im Sinne eines Verfassungspatriotismus für die Konsolidierung der Demokratie von entscheidender Bedeutung ist.

2.3. Abgrenzung statt Integration? Gagausische Einstellungen gegenüber dem moldauischen Zentralstaat nach der Autonomievereinbarung

Eingangs wurde erwähnt, dass die innere Souveränität eine wesentliche Komponente einer Demokratie darstellt. Die Souveränitätsteilung zwischen zentraler und subnationaler, autonomer Ebene gilt allerdings vielen politischen Kräften – gerade in Osteuropa – als Nullsummenspiel.⁹³ Damit verbunden ist eine Sichtweise der Mehrheitsbevölkerung, die Minderheiten als potentiell Risiko für den staatlichen Zusammenhalt auffasst.⁹⁴ Dies gilt insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die in einem bestimmten Gebiet eine Mehrheit bilden. Hughes und Sasse stellen fest, dass

“There is no question that the likelihood of a commitment problem [gegenüber dem Gesamtstaat, A.A.] will be greater among a territorialized ethnic minority in a newly democratizing state, and that this creates a voice or exit option in terms of secession-potential.”⁹⁵

Allerdings verweist der moldauische Analytiker Igor Boțan darauf, dass eine derartige Gefahr kaum bestehe, aufgrund der sozioökonomischen Schwäche Gagausiens, wie auch des Fehlens sicherheitspolitischer Interessen externer Akteure und der weit

⁹² Vgl. Savin, Alexandru: Reflectii pe marginea unui articol, 10.03.2006, <http://www.mdn.md/print.php?id=2468&lang=ro>, download 03.11.2007.

⁹³ Vgl. Troebst: Autonomiebewegungen, S. 598.

⁹⁴ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 67.

⁹⁵ Hughes und Sasse: Comparing Regional and Ethnic Conflicts, S. 9.

reichenden Zugeständnisse an Comrat im Rahmen der Autonomievereinbarungen.⁹⁶ Hinsichtlich eines Bekenntnisses der Gagausen zum moldauischen Staat erscheint die Situation problematischere Züge vorzuweisen. 13 Jahre nach der Autonomievereinbarung bleibt der politische Diskurs in der Autonomen Territorialeinheit von einer antimoldauischen Rhetorik geprägt. Die Kompetenzverteilung zwischen dem Zentralstaat und Gagausien ist in vielen Bereichen nur schwammig festgelegt worden, so dass beide Seiten stets bemüht sind, die eigenen politischen Handlungsspielräume zulasten der anderen zu erweitern. Die minimalistische Benennung der Politikfelder, für die jeweils Chişinău und Comrat zuständig sind, hat zur Verschiebung, statt zur nachhaltigen Beilegung des Konfliktes geführt.⁹⁷

Zur Veranschaulichung sei die Formulierung hinsichtlich der Ressourcenverteilung zwischen Gesamtstaat und Gagausien erwähnt. Gemäß Art. 6 des Gesetzes über den rechtlichen Sonderstatus der Region gelten die natürlichen Ressourcen als „Besitz des Volkes der Republik Moldau und stellen gleichzeitig die wirtschaftliche Basis Gagausiens dar“.⁹⁸ Konflikte erscheinen dadurch vorprogrammiert zu sein, zumal ohnehin die nationalistische Karte nicht zuletzt – oder sogar in erster Linie – von der gagausischen Führung Anfang der 90er Jahre als Vehikel zwecks Sicherung der eigenen Kontrolle über die lokalen Ressourcen ausgenutzt wurde.⁹⁹ Es vermag kaum zu überraschen, dass im Wahlkampf für die Gouverneurswahlen 2006 die Verteidigung der Interessen Gagausiens gegenüber der Zentralmacht zu den Parolen des jetzigen Amtsinhabers, Mihail Formuzal, gehörte.¹⁰⁰ Provokationen in Form der Androhung der Einführung von Zollkontrollen an der gagausisch-moldauischen Verwaltungsgrenze oder der Forderung, die moldauische Verfassung in Einklang mit dem Gesetz über den Status von Gagausien zu bringen (wobei die moldauische Verfassung rechtlich betrachtet Vorrang vor diesem Gesetz hat) gehörten zeitweise auch zum Kanon Comrater Politik. 2001 wurde sogar die Rückkehr zur Unabhängigkeitserklärung angedroht.¹⁰¹ Die gagausische Volksversammlung verlangte offiziell im März 2000 vom moldauischen Staat die Übergabe dessen Anteile an staatlichen Betrieben, die sich im autonomen Gebiet befanden, an die regionalen Behörden.¹⁰²

⁹⁶ Vgl. Boţan: The recent elections, S. 34.

⁹⁷ Vgl. Protsyk und Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing, S. 7.

⁹⁸ Legea privind statutul juridic special al Găgăuziei.

⁹⁹ Vgl. King: Moldovenii, S. 219.

¹⁰⁰ Vgl. Formuzal, Mihail (Hrsg.): Unsprezece paşi în întâmpinarea oamenilor, Wahlprogramm 2006, <http://www.alegeri.md/opponents/formuzal/program/>, download 03.11.2007.

¹⁰¹ Vgl. Boţan: The recent elections, S. 13.

¹⁰² Vgl. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 12.

Solche Aktionen sind allerdings nicht unbedingt zu überbewerten. Vielmehr handelt es sich um eher symbolische Gesten, die (auch) als Gegenreaktion stattfanden, nach Versuchen der Zentralregierung, in die Innenpolitik des autonomen Gebiets einzugreifen.¹⁰³ Gagausische Politiker sind sich – wie bereits erwähnt – sicherlich bewusst, dass ihre Region ohne finanzielle Zuweisungen der Zentralregierung nicht überlebensfähig ist.¹⁰⁴ Ferner ist ein weiterer Aspekt von Bedeutung, der in der Literatur kaum thematisiert wird: die gute Integration gagausischer Politiker in die politische Landschaft der Republik Moldau. Dies belegt die Tatsache, dass es nicht unüblich für Comrater Machthaber ist, auch auf gesamtstaatlicher Ebene Ämter bekleidet zu haben. Einer der vier Kandidaten für den Posten des Gouverneurs 2006, Alexandr Stoianoglo, war stellvertretender Generalstaatsanwalt der Republik Moldau. Der Vorgänger von Mihail Formuzal, Gheorghii Tabunșic, zog nach seinem Scheitern bei der Gouverneurswahl 1999 zwei Jahre später als Abgeordneter der PCRM ins moldauische Parlament ein.¹⁰⁵ Daraus ist zu schließen, dass es enge Beziehungen zwischen gagausischen und moldauischen Politikern gibt, die trotz eines gewissen Konfliktpotentials in der Region erhalten bleiben.

Eine spezifische Konstellation der Beziehungen zwischen Comrat und Chișinău ergibt sich allerdings aufgrund des Konfliktes im Osten der Republik zwischen der Zentralregierung und der international nicht anerkannten Republik Transnistrien. Es besteht in der Sekundärliteratur ein breiter Konsens darüber, dass die Autonomievereinbarung mit Gagausien nicht zuletzt deshalb zustande kommen konnte, weil Chișinău zumindest einer von zwei regionalen Auseinandersetzungen im Land ein Ende setzen und der transnistrischen Seite gleichzeitig ein Lösungsmodell für den östlichen Konflikt vorführen wollte.¹⁰⁶ Zwar konnte sich letzteres nicht realisieren, allen voran weil die transnistrische Seite die von Chișinău gegenüber Comrat gemachten Zugeständnisse als unzureichend betrachtet.¹⁰⁷ Problematisch für die gagausisch-moldauischen Beziehungen ist der ungelöste Konflikt zwischen Tiraspol und der Zentralregierung aufgrund der Comrater Forderung nach einer Gleichberechtigung zwischen Gagausien und Transnistrien innerhalb der Republik Moldau im Falle einer Wiedervereinigung mit dem östlichen Landesteil. Sollte etwa Tiraspol den Status eines Föderationssubjekts innerhalb der Republik Moldau erlangen, würde die Autonome

¹⁰³ Vgl. Protsyk und Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing, S. 12.

¹⁰⁴ Vgl. Boțan: The recent elections, S. 34.

¹⁰⁵ Vgl. ebda., S. 23.

¹⁰⁶ Vgl. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 105 und Webster: Model for Europe?, S. 5.

¹⁰⁷ Vgl. Roper: Regionalism, S. 118.

Territorialeinheit ebenfalls diesen Status anstreben, wie Formuzal einer rumänischen Zeitung erklärte.¹⁰⁸ Die radikale, nationalistische gagausische Opposition wurde im Vorfeld des Wahlkampfes für die letzte Gouverneurswahl von Transnistrien unterstützt, während Anfang 2000 der Vertreter von Comrat in Tiraspol sich offiziell als „Botschafter Gagausiens“ vorstellte. Dieser konnte trotz einer heftigen Reaktion seitens der moldauischen Behörden seinen Dienst erneut antreten.¹⁰⁹ Die Tatsache, dass der Vertreter der autonomen Region Anfang 2000 nach der besagten Selbstbezeichnung als „Botschafter“ in Tiraspol eine Zeit lang zurückgezogen wurde, zeigt eine gewisse (beschränkte) Sensibilität Comrater Machthaber gegenüber Befürchtungen des Zentralstaates auf, da Chişinău diese Maßnahme nicht hätte erzwingen können.

Der gagausischen Führung bleibt vielmehr vorzuwerfen, dass in den Jahren nach der Erlangung territorialer Autonomie kaum Maßnahmen ergriffen worden sind, um in der regionalen Gesellschaft eine Identifikation des einfachen Bürgers mit dem moldauischen Staat zu ermöglichen. Protsyk und Rigamonti erkennen wohl zurecht, dass gagausische Politiker keine Massenmobilisierung in der Autonomen Territorialeinheit gegen den Zentralstaat angestrebt haben.¹¹⁰ Ein – in der Literatur kaum thematisiertes – zentrales Problem der Comrater Machthaber erscheint in einem wahlkampfaktischen Dilemma zu liegen. Boţan weist in seiner Untersuchung der rezenten politischen Entwicklungen in Gagausien darauf hin, dass die Verluste der Partei der Kommunisten in der autonomen Region bei den letzten Parlamentswahlen auf die härtere Gangart Chişinăus gegenüber Transnistrien zurückzuführen sind – wie auch, wie vorhin erwähnt, auf den veränderten außenpolitischen Kurs der Regierung der Republik Moldau im Sinne einer Annäherung an Brüssel.¹¹¹ Für einen Politiker auf regionaler Ebene erscheint es also kaum möglich, mit einem moldau- und europafreundlichen Diskurs etwa den Posten des Gouverneurs von Gagausien für sich zu gewinnen. Es erscheint fast zwingend, dass im Wahlkampf antimoldauische Rhetorik zum Einsatz gebracht werden muss, selbst wenn innerhalb der politischen Eliten das Bewusstsein vorhanden ist, dass gute Beziehungen zu Chişinău im Interesse der autonomen Region liegen. Der äußerst pragmatische Formuzal hat erst nach seiner Wahl zum Gouverneur seine an die Zentralregierung gerichtete Kritik

¹⁰⁸ Vgl. Formuzal, Mihail: Interview mit Carmen Dragomir, in: Jurnalul Naţional, Nr. 4388, 22.07.2007, <http://www.jurnalul.ro/articole/97824/foto.php?albumId=1250>, download 03.11.2007.

¹⁰⁹ Vgl. Boţan: The recent elections, S. 18 bzw. Neukirch: Autonomy and Conflict Transformation, S. 112.

¹¹⁰ Vgl. Protsyk und Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing, S. 12.

¹¹¹ Vgl. Boţan: The recent elections, S. 31 und Protsyk, Oleh: Nation-building in Moldova, 2006, <http://www.policy.hu/protsyk/Publications/NationalisminMoldova.pdf>, download 03.11.2007.

in etwas moderatere Bahnen gleiten lassen.¹¹² Dabei war es er selbst, der anschließend im Herbst vergangenen Jahres von Chişinău Zuschüsse für die Finanzierung des Rumänischunterrichts im autonomen Gebiet verlangte.¹¹³

Mit seiner Forderung reagierte Formuzal auf eine sich langsam in der gagausischen Bevölkerung verbreitende Erkenntnis, dass fehlende Kenntnisse der Staatssprache der Republik Moldau für die persönliche Zukunft vor allem der jungen Generationen verheerende Folgen haben können. Ohne aktive Rumänischkenntnisse bleibt außerhalb der strukturschwachen Region der Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst unmöglich.¹¹⁴ Dennoch vertreten die meisten Einwohner der Region die Ansicht, dass Russisch und nicht die moldauische Landessprache als Einheit stiftendes Element auf gesamtstaatlicher Ebene fungieren sollte.¹¹⁵ Daraus ergibt sich ein identitätspolitisches *Status Quo*, dem Comrater Politiker nicht zu entkommen versuchen. Da für die meisten Gagausen die Aneignung von Rumänischkenntnissen – wenn dies überhaupt stattfindet – nicht aufgrund einer inneren Überzeugung erfolgt, dass hierin ein selbstverständlicher Beitrag eines jeden Bürgers für die Kohäsion der moldauischen Gesellschaft liegen sollte, sondern lediglich als sozioökonomischer Vorteil betrachtet wird, gibt sich Formuzal zufrieden, Zuschüsse zu fordern, ohne aber gleichzeitig innenpolitisch dafür zu sorgen, dass sich die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Staatssprache ändern. Rumänisch gilt somit in Gagausien höchstens – um dies auf den Punkt zu bringen – als notwendiges Übel.

Dementsprechend dürftig fällt der Patriotismus der dortigen Bürger aus. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2001 ergab, dass unter den Gagausen der Stolz, moldauische Bürger zu sein, signifikant niedriger war als bei den Moldauern, aber interessanterweise auch im Vergleich zur diesbezüglichen Einstellung der russischen und ukrainischen Minderheiten im Land.¹¹⁶ Sicherlich beeinflusst auch die sozioökonomische Schwäche der gagausischen Region ein solches Ergebnis, jedoch vermag es auch an der Comrater Führung zu liegen, aus wahlkampfaktischen Gründen nie ernsthaft ein Bekenntnis der Bevölkerung zum staatlichen Zusammenhalt gefördert zu haben. Die gegenüber dem moldauischen Staat nicht gerade positive Einstellung einer Vielzahl gagausischer Bürger

¹¹² Vgl. Protsyk und Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing, S. 12f.

¹¹³ Vgl. Găgăuzii cer bani pentru a învăța limba română, in: Flux, Nr. 620, 28.09.2007.

¹¹⁴ Vgl. Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien, S. 77.

¹¹⁵ Vgl. Mocanu und Sadovici: Limba care ne unește.

¹¹⁶ Vgl. Protsyk: Nation-building in Moldova, S. 2 und 13. 71, 8 Prozent der Moldauer waren stolz oder sehr stolz auf ihr Land, während die Russen und Ukrainer mit 56,1 bzw. 59,7 Prozent immer noch in ihrer Mehrheit dieselbe Antwort gaben. Bei den anderen Nationalitäten – also einschließlich der Gagausen – wiesen lediglich 47,4 Prozent Nationalstolz auf.

ist jedoch auch einer weiteren Ursache zuzuschreiben. Es gibt viele Stimmen, die behaupten, dass die Autonome Territorialeinheit in Wahrheit kaum selbstständig ist.¹¹⁷ Inwieweit der moldauische Staat die Autonomie der Region respektiert und für die ablehnende Haltung der gagausischen Bevölkerung selber verantwortlich ist, erscheint deswegen einer Untersuchung wert.

3. Die Republik Moldau zwischen der Angst vor der gagausischen Minderheit und einer unsicheren Identität

3.1. Die Haltung des moldauischen Staates gegenüber Gagausien

Der Erfolg einer Vereinbarung über die Gewährung von Territorialautonomie erfordert – wie Troebst bemerkt – den politischen Willen beider beteiligten Parteien.¹¹⁸ Vorhin erwähnt worden ist allerdings, dass Chişinău eher gezwungen die Selbstständigkeit der Gagausen im Süden akzeptierte. Nicht nur nationalistische Kräfte betrachteten die Autonomievereinbarung mit Unmut. Auch pragmatischere Politiker warnten, dass die Etablierung von Bezirksgrenzen aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung die Weichen für die staatliche Desintegration der Republik Moldau stellen würde.¹¹⁹ Hieraus ergab sich eigentlich in den Jahren nach 1995 nie eine Atmosphäre des Vertrauens gegenüber den Behörden in Comrat. Die sukzessiven Regierungen in Chişinău schwankten dennoch in ihrer Einstellung gegenüber Gagausien insoweit, dass Zeiten der Vernachlässigung der Autonomen Territorialeinheit gelegentlich von Eingriffen in die Innenpolitik der südlichen Region unterbrochen wurden.

Selbst moldauische Analytiker geben zu, dass bis 2001 die Zentralregierung Gagausien sich selbst und den eigenen Problemen überließ. Ähnliches gilt auch für den Zeitraum 2002-2006.¹²⁰ Integrationspolitische Impulse sollten jedoch allen voran aus Chişinău zu erwarten gewesen sein. Kolstø unterstreicht, dass die Verantwortung für vertrauensbildende Maßnahmen in einem multiethnischen Staat in erster Linie bei der stärkeren Partei – d.h. bei der Mehrheitsbevölkerung – liege.¹²¹ Es dürfte für die Machthaber in Chişinău besonders beschämend sein, dass die adäquate Versorgung der gagausischen Region mit Rumänischlehrern äußerst dürftig ist. Nicht zuletzt darin liegt

¹¹⁷ Vgl. Roper: Regionalism, S. 118 und Formuzal: Interview, Radio Free Europe.

¹¹⁸ Vgl. Troebst: Autonomiebewegungen, S. 598.

¹¹⁹ Vgl. King: Moldovenii, S. 222.

¹²⁰ Vgl. Boţan: The recent elections, S. 12 und 16.

¹²¹ Vgl. Kolstø: Territorial Autonomy, S. 214.

eine der Ursachen der mangelhaften – oder fehlenden – Kenntnisse der Staatssprache in der Autonomen Territorialeinheit.¹²² Die Bestände der öffentlichen Bibliotheken enthalten kaum rumänischsprachige Bücher.¹²³ Dass ausgerechnet der gagausische Gouverneur Fonds für den Rumänischunterricht verlangen musste, zeugt davon, dass die Chişinăuer Machthaber die Notwendigkeit einer aktiven Integrationspolitik noch nicht erkannt haben. Dabei gab es seitens der moldauischen Regierung eine Aufforderung an die gagausischen Behörden, Russisch durch die Staatssprache im Bildungssystem zu ersetzen. Wie der ehemalige Vorsitzende der Volksversammlung Gagausiens jedoch bemerkte, erscheint es unwahrscheinlich, dass sich die entsprechenden Lehrer finden würden, die bereit wären, in die autonome Region umzuziehen.¹²⁴ Die Schaffung diesbezüglicher Anreize durch die Zentralregierung fand jedoch bislang nicht statt.

Problematisch erscheint indes auch die schleichende Erosion der Handlungsspielräume der autonomen Region in Bereichen, über die entsprechend des Autonomiestatus die Zuständigkeit bei Comrat liegt. Dabei geht es nicht zwangsläufig – wie Protsyk und Rigamonti feststellen – unbedingt um explizit gegen Gagausien gerichtete Aktionen. Die wachsende Anzahl an Gesetzen und Beschlüssen der Exekutive auf der zentralen Ebene führen allerdings zu einer Aushöhlung der Gestaltungsmöglichkeiten der regionalen Behörden in Comrat.¹²⁵ Zwar ertönt ein solcher Vorwurf auch seitens deutscher Landespolitiker aufgrund des zunehmenden Übergewichts des Bundes. Dennoch erscheint der moldauische Kontext damit kaum vergleichbar zu sein. Gagausische Politiker beklagen gerade, dass Chişinău systematisch die Sonderstellung ihrer Region ignoriere.¹²⁶ Im Endeffekt erscheint es gleichgültig zu sein, ob dieser Prozess lediglich ein Ergebnis des wachsenden Regulierungsbedarfes ist oder auf die Ausweitung der Macht des Zentralstaates durch die Hintertür abzielt. Ein gewisses Maß an Sensibilität gegenüber den Auswirkungen nationaler Gesetzgebung würde dem Vertrauen der gagausischen Behörden und der Bevölkerung der Region gegenüber dem moldauischen Staat sicherlich zugute kommen. Dies dürfte sogar dann gelten, wenn es um Bereiche geht, die in der Autonomievereinbarung nicht angesprochen werden. Das moldauische Parteiengesetz etwa hat für das politische System Gagausiens gravierende Konsequenzen. Da eine Partei nur dann registriert wird, wenn sie Mitglieder in mindestens der Hälfte der Bezirke der Republik vorweisen kann, sind faktisch regionale

¹²² Vgl. Banaru: O zi în sudul Republicii.

¹²³ Vgl. Mocanu und Sadovici: Limba care ne uneşte.

¹²⁴ Vgl. Banaru: O zi în sudul Republicii.

¹²⁵ Vgl. Protsyk und Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing, S. 8.

¹²⁶ Vgl. Webster: Model for Europe?, S. 13.

Gruppierungen ausgeschlossen. Für die Wahlen etwa zur Volksversammlung von Gagausien erscheint es jedoch geboten – entsprechend eines Vorschlags von Neukirch – regional basierte Parteien zuzulassen, zumal das jetzige System zur Folge hat, dass die meisten Abgeordneten in der regionalen Legislative als unabhängige Kandidaten in die Versammlung eingezogen sind.¹²⁷

Die Zweifel Comrater Politiker an das Vorhandensein eines tatsächlichen Bekenntnisses moldauischer Machthaber zur Autonomie scheinen mitunter von schweren Eingriffen Chişinău in die Innenpolitik Gagausiens eine Bestätigung zu finden. Dabei schreckt die moldauische Seite nicht davor zurück, gesamtstaatliche Einrichtungen zu missbrauchen, um solchen Vorgängen eine rechtsstaatliche Legitimität zu verleihen. Eine Kontrolle des Rechnungshofes der Republik Moldau stellte angeblich fest, dass in Comrat öffentliche Gelder missbraucht worden waren. Auf Verheißungen des moldauischen Staatspräsidenten Vladimir Voronin reagierte die gagausische Volksversammlung darauf mit der Ankündigung eines Volksentscheides zwecks Absetzung des damaligen Gouverneurs, Dumitru Croitor.¹²⁸ Letztendlich trat dieser im Juli 2002 zurück, infolge einer geheimen Vereinbarung mit Chişinău.¹²⁹ Insgesamt ist gegen zwei der drei bisherigen Gouverneure der Autonomen Territorialeinheit von der unter zentralstaatlicher Kontrolle stehenden Staatsanwaltschaft wegen vermeintlichen Amtsmissbrauchs ermittelt worden.¹³⁰

Es ist jedoch wohl – wie der moldauische Analytiker Igor Boţan andeutet – ein fast unglaublicher Zynismus, dass anschließend Croitor, den man öffentlich als Dieb bezeichnet hatte, zum Botschafter der Republik Moldau bei den Vereinten Nationen ernannt wurde.¹³¹ Gerade aber dieser Vorfall relativiert insoweit den Eindruck, dass es sich hier lediglich um einen Kampf Chişinăus gegen Comrat handelt. Vielmehr erscheint dies einen Konflikt zwischen verschiedenen politischen Fraktionen in der Republik Moldau darzustellen, die sowohl auf nationaler, als auch auf regionaler Ebene vertreten sind und sich dabei gern auch des *cleavage* zwischen Zentralstaat und autonomer Region bedienen. Schließlich waren es ja Voronin freundlich gesinnte Abgeordnete der – wohlgerneht - gagausischen Legislative, die das Referendum zur Absetzung von Croitor angesetzt hatten. Es sei aber nicht geleugnet, dass Chişinău Croitor erst dann suspekt geworden war, als er eine stärkere innerstaatliche Stellung Gagausiens anzustreben

¹²⁷ Vgl. Neukirch: *Autonomy and Conflict Transformation*, S. 111.

¹²⁸ Vgl. Boţan: *The recent elections*, S. 13.

¹²⁹ Vgl. Webster: *Model for Europe?*, S. 12.

¹³⁰ Vgl. Protsyk und Rigamonti: *Real and “Virtual” Elements of Power Sharing*, S. 13.

¹³¹ Vgl. Boţan: *The recent elections*, S. 15.

begann.¹³² Dennoch bedurfte es trotzdem Partner in der Region selbst, um die Entfernung des Gouverneurs in Gang zu bringen. Rezente Auseinandersetzungen um den moldauischen Staatsetat erscheinen indes zu bestätigen, dass der Konflikt zwischen Chişinău und Comrat nur teilweise einen interethnischen bzw. identitätspolitischen Charakter aufweist. 2007 sah das Budget der Republik Moldau für die Autonome Territorialeinheit lediglich einen Bruchteil der Zuschüsse vor, die im Vorjahr bereitgestellt worden waren. Der Hintergrund dieser Kürzung war der Wahlsieg von Formuzal, der sich gegen den von Chişinău bevorzugten Gheorghe Tabunşic bei den Wahlen für das Amt des Gouverneurs ein Jahr davor durchgesetzt hatte. Dasselbe Schicksal der Reduzierung zentralstaatlicher Transfers erlitten jedoch *alle* Regionen in der Republik Moldau, in denen Oppositionsparteien die Lokalwahlen im Frühjahr 2007 Wahlsiege erlangten.¹³³

Wie bereits angesprochen spielt für die Beziehungen zwischen Chişinău und Comrat der andauernde Konflikt im Osten der Republik Moldau insoweit eine Rolle, weil sich die gagausische Seite nicht (immer) von Transnistrien distanziert. Die vorhin zitierten Drohungen gagausischer Politiker bezüglich einer Abgrenzung vom Zentralstaat – selbst wenn diese nur Wahlkampf- oder machtpolitische Rhetorik darstellen – können angesichts der heiklen politischen Lage eine Eskalation der Spannungen zwischen Zentralstaat und regionaler Ebene durchaus leichter fördern als ähnliche Äußerungen innerhalb eines Staates mit gefestigten Strukturen. Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass sich Anfang der 1990er Jahre gagausische und transnistrische Abgeordnete im (noch) gesamt moldauischen Parlament verbündet hatten.¹³⁴ Moldauische Analytiker sprechen daher von einer „separatistischen Solidarität“ zwischen den beiden Regionen.¹³⁵ Die Tatsache, dass Gagausien den Status einer Autonomen Territorialeinheit in einer Zeit innenpolitischer Schwäche des moldauischen Zentralstaates – welche die Gagausen zu nutzen wussten – entstand, lässt aus moldauischer Perspektive Zweifel an der Legitimität der Rechte der Region im Süden entstehen. Gegenwärtig gibt es durchaus kritische Stimmen, die in den Zugeständnissen Chişinăus aus dem Jahr 1994 eine zu weite Großzügigkeit des Gesamtstaates gegenüber seinen Minderheiten sehen.¹³⁶ Die Politik der verschiedenen nationalen Regierungen sei aus sicherheitspolitischen Gründen zu sehr auf den Schutz der nicht moldauischen Bevölkerungsgruppen bedacht worden (um deren

¹³² Vgl. Webster: Model for Europe?, S. 13.

¹³³ Vgl. Raţă, Mariana: Legea bugetului de stat devine mijloc de presiune, in: Jurnal de Chişinău, Nr. 639, 23.11.2007, <http://www.jurnal.md/article/4667/>, download 26.11.2007.

¹³⁴ Vgl. Chinn und Roper: Gagauzia, S. 93.

¹³⁵ Boţan: The recent elections, S. 31.

¹³⁶ Vgl. Coreţchi, et al.: The Gagauz Socio-Linguistic Model.

latentem Sezessionismus einzudämmen), zulasten deren sozialen und linguistischen Integration.¹³⁷

Dabei ist aber zu bedenken, dass sich der moldauische Staat dennoch in erster Linie über das moldauische Volk in der Verfassung definiert, das zusammen mit „Bürgern anderer ethnischen Herkunft“ das „Volk der Republik Moldau“ bilde. Dadurch distanziert sich die Republik Moldau von der Idee einer auf das *demos* basierenden politischen Nation, zugunsten einer ethnischen Legitimierung des Gesamtstaates.¹³⁸ Dass sich dabei unter anderen die Bevölkerung des mehrheitlich von Nicht-Moldauern bewohnten Gagausien abgestoßen fühlt, kann daher nicht unbedingt als überraschend gelten. Gerade die Gewährung von weit reichender Territorialautonomie für die Gagausen – wie auch anderer Minderheitenrechte – erst unter Druck, bei Bewahrung des Anspruchs eines ethnisch basierten Gesamtstaates erscheint fatal. Einerseits dürften sich die Moldauer um ihre vermeintlichen Vorrechte als Titularnation – einschließlich des Rechts auf die Realisierung ihres eigenen Nationsaufbaus auf der Grundlage der Landessprache – betrogen fühlen, andererseits begreifen die nationalen Minderheiten die vorhandenen Zugeständnisse lediglich als Resultat einer erfolgreichen Auflehnung gegen Chişinău und nicht als freiwilliges Entgegenkommen der Zentralregierung.

3.2. Gagausisches und moldauisches *nation-building* als antagonistische Prozesse

Die Existenz der Autonomen Territorialeinheit Gagausien und die damit verbundene Möglichkeit eines regionalen Nationsaufbaus wären aus moldauischer Sicht wohl weniger problematisch, wenn es sich hierbei um ein klassisches Muster nationaler Emanzipation handeln würde. Für politischen Zündstoff sorgt eher die Tatsache, dass – wie bereits erwähnt – die Gagausen ihre Nation eher im sowjetischen Sinne aufzubauen scheinen. Aus diesem Grund wird seitens nationalistischer Kräfte die Legitimität des Status von Gagausien gelegentlich in Frage gestellt. Man könne für gagausische Forderungen nach einer Aufwertung der innerstaatlichen Stellung ihres Gebietes Verständnis haben, wenn die Autonomie tatsächlich zur Emanzipierung der gagausischen Sprache und Kultur geführt hätte, da dies das zentrale Argument für die Notwendigkeit der territorialen Selbstständigkeit gewesen sei.¹³⁹ Vielmehr liegt das Problem im

¹³⁷ Vgl. Mocanu und Sadovici: *Limba care ne uneşte*.

¹³⁸ Vgl. Riedel: *Die Erfindung der Balkanvölker*, S. 211f.

¹³⁹ Vgl. Savin: *Reflecţii pe marginea unui articol*.

Festhalten Gagausiens an der dominierenden Rolle der russischen Sprache. Tatsächlich wertete die von den Minderheiten in der Republik Moldau abgelehnte Sprachengesetzgebung aus dem Jahr 1989 die Stellung des Gagausischen auf, dem in Gemeinden mit gagausischer Mehrheitsbevölkerung ein offizieller Status eingeräumt wurde.¹⁴⁰ Der moldauische Zentralstaat förderte bereitwillig eine Annäherung zwischen dem autonomen Gebiet im Süden und der Türkei, während russlandfreundliche Tendenzen in Comrat misstrauisch betrachtet wurden.¹⁴¹

Wie bereits erwähnt gilt die Dominanz des Russischen und des entsprechenden Bildungssystems Moskauer Prägung moldauischen Experten als Ursache für die fehlende Identifikation der Gagausen mit dem Zentralstaat, da der Unterricht die Schüler in die Kultur eines fremden Landes hineinsozialisierte.¹⁴² Dabei geht es auch nicht um *einen* ausländischen Staat, sondern gerade um das historisch für die Russifizierung der moldauischen Gesellschaft verantwortliche Land. Die Aufwertung der Landessprache in der ehemaligen Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik war schließlich aufgrund der vor allem im städtischen Milieu und in öffentlichen Einrichtungen dominanten Präsenz des Russischen zulasten der Sprache der Mehrheitsbevölkerung zum zentralen Anliegen der nationalen Bewegung Ende der 80er Jahre geworden.¹⁴³ Somit ergibt sich ein antagonistisches Verhältnis zwischen dem moldauischen Nationsaufbau, der auf die Reduzierung der Präsenz der russischen Sprache in der Gesellschaft abzielt, und dem gagausischen *nation-building*, dem (auch) das Russische gerade zugrunde liegt – offensichtlich eine identitätspolitische Nullsummenkonstellation.

Die Brisanz dieser Situation ist auch im Kontext der tiefen Risse innerhalb der moldauischen Bevölkerung selbst zu verstehen. Es besteht nämlich keinesfalls darüber Einigkeit, ob Moldauer Teil der (pan-)rumänischen Nation sind oder ob man von einer eigenständigen Ethnie sprechen kann. Dementsprechend halten die Anhänger letzterer Theorie (die oft als *moldovenism* bezeichnet wird) an der Ansicht fest, dass es eine von Rumänisch unterschiedliche moldauische Sprache gäbe, während die Vertreter der ersten Variante von der Identität – abgesehen von dialektalen Unterschieden – der in Rumänien und in der Republik Moldau verwendeten Idiome ausgehen (Zweisprachen- bzw. Einsprachentheorie).¹⁴⁴ Daraus ergeben sich zwei Ansätze für den Nationsaufbau der Republik Moldau. Mitunter hat diese Debatte etwas skurrile Züge. So heißt die

¹⁴⁰ Vgl. Legea cu privire la funcționarea limbilor pe teritoriul RSS Moldovenești.

¹⁴¹ Vgl. King: *Moldovenii*, S. 217.

¹⁴² Vgl. Corețchi et al.: *The Gagauz Socio-Linguistic Model*.

¹⁴³ Vgl. Cîscel: *A Separate Moldovan Language?*, S. 576.

¹⁴⁴ Vgl. Protsyk: *Nation-building in Moldova*, S. 6 und Riedel: *Die Erfindung der Balkanvölker*, S. 196.

Amtssprache in der Verfassung „Moldauisch“, während im gesamten Bildungssystem Schüler und Studenten Unterricht im Fach „Rumänische Sprache“ erteilt bekommen. Letzteres ist (auch) dadurch zu erklären, dass im Bildungswesen – wie auch generell unter Intellektuellen und Künstlern – Anhänger der Einsprachentheorie die überwältigende Mehrheit darstellen.¹⁴⁵ Gerade die Annäherung an Rumänien Anfang der 1990er Jahre und die Diskussionen über eine mögliche Wiedervereinigung mit dem westlichen Nachbarn gelten als Hauptursache der Eskalation der interethnischen Konflikte (die ohnehin von der Sprachengesetzgebung 1989 ausgelöst worden waren), zumal die Minderheiten in der Republik Moldau die Zeit, als das Land zu Rumänien gehörte, als repressiv und von Assimilierungstendenzen in kollektiver Erinnerung haben.¹⁴⁶

Aus Sicht Gagausiens sind deswegen die Anhänger der Einsprachentheorie, die zudem einem großrumänischen Staat nicht (völlig) abgeneigt wären, gefährlicher als die Vertreter des *moldovenism*, die an der Unabhängigkeit festhalten wollen. Dies gilt wohl auch aus einem weiteren Grund. Moldauer, die nicht an der Identität des eigenen Idioms mit dem Rumänischen glauben, sollen tendentiell eher dazu geneigt sein, innerhalb der Gesellschaft eine moldauisch-russische Zweisprachigkeit zu befürworten.¹⁴⁷ Das Versprechen der Partei der Kommunisten (PCRM) – übrigens eine von nur zwei Parteien, die sich zum *moldovenism* bekennt - während des Wahlkampfes 2001, Russisch als zweite, gleichberechtigte Amtssprache einzuführen, fand insbesondere bei den ethnischen Minderheiten Gehör und verhalf ihr zum Sieg, wobei letztendlich der Status des Russischen nicht aufgewertet wurde.¹⁴⁸

Die damit zusammenhängende Absicht der PCRM, Russisch als Pflichtfach im gesamten Schulwesen wieder einzuführen löste dabei eine heftige Protestwelle aus. Die Gegner der Maßnahme argumentierten unter anderem, dass dies (auch) die anderen Minderheiten (bzw. Minderheitensprachen) im Land diskriminiere. Mit der Ausnahme der ukrainischen Minderheit stießen die Proteste vieler Moldauer bei anderen Bevölkerungsgruppen, einschließlich bei den Gagausen, trotz dieses Arguments, auf taube Ohren.¹⁴⁹ Bedenkt man auch, dass der überwiegende Anteil der moldauischen Wähler, die für die PCRM stimmten, aus den Reihen der sich nach den Zeiten der UdSSR sehnenen Rentner stammt, wird die Problematik des interethnischen *cleavage* im Bereich der Sprache und Identität besonders deutlich sichtbar. Waren ältere Menschen aufgrund der

¹⁴⁵ Vgl. Protsyk: Nation-building in Moldova, S. 7f. Siehe auch Fn 46.

¹⁴⁶ Vgl. Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien, S. 76.

¹⁴⁷ Vgl. Ciscel: A Separate Moldovan Language?, S. 592.

¹⁴⁸ Vgl. Protsyk: Nation-building S. 7f.

¹⁴⁹ Vgl. Corețchi et al.: The Gagauz Socio-Linguistic Model.

sozialen Plattform der Kommunisten durchaus noch bereit, eine russlandfreundliche, dem *moldovenism* nahe stehende Partei zu wählen, erscheint bei den jüngeren Generationen von Moldauern keine Bereitschaft vorzuliegen, sich auf eine offiziell sanktionierte, durch Bildung induzierte und vom *moldovenism* ideologisch begründete moldauisch-russische Zweisprachigkeit einzulassen. Ebenfalls ist auch eine etwas größere Skepsis gegenüber dem Konzept des *moldovenism* zu erwarten, zumal alle Schüler wie erwähnt das Fach „Rumänische Sprache“ belegen, wodurch eine identitäre Nähe zum westlichen Nachbarn sicherlich begünstigt wird. Dies gilt auch angesichts der Tatsache, dass zwischen 500.000 und 800.000 Moldauer die rumänische Staatsangehörigkeit beantragt haben.¹⁵⁰ Ob künftige Generationen von Moldauern und Gagausen fast buchstäblich eine gemeinsame Sprache finden werden, ist fraglich. Noch spricht der überwiegende Teil der Mehrheitsbevölkerung immer noch genug Russisch, um sich im Alltag dieser Sprache bedienen zu können und sich mit den Angehörigen von Minderheiten zu verständigen.¹⁵¹ Langfristig erscheint es jedoch eine Frage der Zeit, bis Russischkenntnisse bei Moldauern keine Selbstverständlichkeit mehr darstellen werden.

4. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat den Versuch unternommen, die Interaktion zwischen der Territorialisierung von Minderheitenrechten in Form regionaler Autonomie und dem Prozess der demokratischen Konsolidierung im Gesamtstaat am Beispiel der Autonomen Territorialeinheit Gagausien in der Republik Moldau zu bewerten. Wie bereits angedeutet, ist aufgrund der sprachlichen, sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Spezifika der kleinen Region im Süden des Landes eine Verallgemeinerung der Erkenntnisse, die im Fazit Revue passiert und in den theoretischen Rahmen eingefügt werden sollen, äußerst problematisch. Dennoch ist angesichts der Einmaligkeit der Gewährung ethnisch begründeter Territorialautonomie im osteuropäischen und postsowjetischen Raum nach 1990 das gagausische Beispiel die einzige Quelle für die Politikwissenschaft, die in der Einleitung angesprochenen Ansätze hinsichtlich der optimalen Bedingungen für die Entwicklung einer funktionsfähigen Demokratie in einem

¹⁵⁰ Zwar handelt es sich hierbei nicht unbedingt um eine ideologische Entscheidung, sondern um den Wunsch, in den Genuss der EU-weiten Freizügigkeit zu kommen, die ein rumänischer Pass gewährt, jedoch ist zwangsläufig damit ein engerer Kontakt zu Rumänien und zur rumänischen Sprache verbunden.

¹⁵¹ Vgl. Cîscel: *A Separate Moldovan Language?*, S. 584.

multiethnischen Kontext anhand der Empirie zu überprüfen. Die Bilanz des gagausischen Modells fällt äußerst kritisch aus.

Die zentrale Erkenntnis der vorliegenden Arbeit liegt darin, dass die gagausische Autonomie nicht *per se* die demokratische Konsolidierung der Republik Moldau gefährdet, sondern – und darin liegt vielleicht ein Paradox – gerade *weil* in der Region *kein* Nationsaufbau ernsthaft vorangetrieben, sondern ein sowjetisches Identitätsmuster weitestgehend beibehalten wurde. Gerade auf eine solche Konstellation geht bisweilen die auf Osteuropa spezialisierte Sekundärliteratur nicht ein. Kymlicka etwa geht davon aus, dass Minderheiten prinzipiell ihre *nationalizing projects* durchführen möchten und dies optimal im Rahmen einer territorialen Vereinbarung erfolgen kann.¹⁵² Kolstø greift die Problematik auch pragmatischer an und weist auf die leichtere Umsetzung von Minderheitenrechten innerhalb einer bestimmten Region auf, im Vergleich zur Gewährung kultureller Rechte auf dem gesamten Staatsgebiet, die zudem nicht dem Bedürfnis einer Bevölkerungsgruppe, ein Territorium ihr eigen zu nennen, gerecht werde.¹⁵³ Hughes und Sasse gehen vom Parallelismus der Emanzipierungsprozesse seitens der Mehrheitsbevölkerung und der nationalen Minderheiten in postsowjetischen Staaten aus und sehen in der Gewährung von Autonomie eine Möglichkeit, dieser konflikträchtigen Situation zu entgehen.¹⁵⁴ Die bescheidene Entfaltung der gagausischen Sprache und Kultur rechtfertigt zwar an sich nicht die Schlussfolgerung, dass die Territorialautonomie im Süden der Republik Moldau diesem Anspruch nicht gerecht wird. Hierfür gibt es durchaus soziale, kulturelle und sogar soziolinguistische Ursachen. Natürlich sind die meisten Einwohner Gagausiens primär auf die Sicherung ihrer Existenz bedacht und kümmern sich nicht um identitätspolitische Fragen.¹⁵⁵

Es geht jedoch darum, dass ein gagausischer Nationsaufbau nicht erwünscht zu sein scheint, sondern die Präferenz der Bevölkerung, wie auch der regionalen Eliten, bei den bereits genannten wesentlichen Elementen der sowjetischen Identität liegt, allen voran der russischen Sprache. Wie Troebst in seinem Beitrag unterstreicht, gilt der Bevölkerung Gagausiens der Status des Russischen als Amtssprache als eine der zentralen Errungenschaften der Comrater Autonomie. Dieser Aspekt gilt auch anderen Bevölkerungsgruppen in der Republik Moldau als wünschenswertes Ziel und ließ auch

¹⁵² Vgl. Kymlicka: *Western Political Theory*, passim.

¹⁵³ Vgl. Kolstø: *Territorial Autonomy*, S. 214.

¹⁵⁴ Vgl. Hughes und Sasse: *Comparing Regional and Ethnic Conflicts*, S. 21.

¹⁵⁵ Vgl. Webster: *Model for Europe?*, S. 12.

etwa seitens der bulgarischen Minderheit Forderungen nach territorialer Selbstständigkeit ertönen, da somit der Erwerb von Rumänischkenntnissen nicht mehr nötig wäre.¹⁵⁶ Doch genau das ist eine Schwäche des gagausischen Modells. Wenn dessen wichtigster Vorteil wirklich darin liegt, in den Genuss des „Privilegs“ zu kommen, die Landessprache faktisch nicht lernen zu müssen, dann erscheint die Territorialautonomie gerade als für die innerstaatliche Konsolidierung der Republik Moldau gefährdend zu sein. Dabei sei erneut auf den minderheitenfreundlichen Ansatz von Kymlicka verwiesen, denn selbst dieser betrachtet die Aneignung der gesamtstaatlichen Amtssprache als legitime minimale Forderung der Mehrheitsbevölkerung an die weiteren im Land lebenden Ethnien.¹⁵⁷

In der Einleitung ist die oft fast dogmatisch angenommene Unschuld der Minderheiten gegenüber dem Nationalismus der Mehrheitsbevölkerung kritisiert worden. Im gagausischen Beispiel erscheint die Ablehnung eines solchen Axioms eine Bestätigung zu finden. Selbst die gagausische Expertin Diana Nikoglo von der moldauischen Akademie der Wissenschaften gibt zu, dass es in der gagausischen Bevölkerung gegenüber der Staatssprache eine negative Haltung gibt.¹⁵⁸ Offensichtlich lernen die meisten Gagausen Rumänisch nur aus pragmatischen Gründen, weil und wenn sie sich davon eine bessere Zukunft – außerhalb der autonomen Region – davon versprechen. Das Problem der Territorialautonomie und der damit verbundenen Sprachenregelung ist nicht zuletzt darin zu sehen, dass gerade diejenigen Personen, die das autonome Gebiet *nicht* zu verlassen beabsichtigen, Rumänisch daher kaum lernen werden, zumal in Gagausien selbst Kenntnisse der Staatssprache für den sozialen Aufstieg nicht notwendig sind. Somit erscheint das Fortbestehen eines „rumänischfreien“ Gebietes innerhalb der Republik Moldau vorprogrammiert. Für die Konsolidierung der Demokratie auf gesamtstaatlicher Ebene gilt allerdings im Sinne von Offe das Fehlen eines Verfassungspatriotismus – zu dem eine Identifikation (auch) mit der Staatssprache seitens der gagausischen Bevölkerung zweifellos gehört - als signifikantes Hindernis auf dem Weg hin zu einer konsolidierten Demokratie.

Solange die moldauische Verfassung sich ethnonational legitimiert, dürfte sich die allgemeine Haltung Gagausiens gegenüber der Landessprache allerdings auch nicht ändern. Territorialautonomie wird nicht kompensieren können, dass die Gagausen nur als „Bürger anderer ethnischen Herkunft“ in der Präambel der Verfassung beschrieben und somit zwangsläufig als zweitklassig definiert werden. Dies gilt umso mehr, zumal seitens

¹⁵⁶ Vgl. Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien, S. 77.

¹⁵⁷ Vgl. Kymlicka: Western Political Theory, S. 48.

¹⁵⁸ Vgl. Nikoglo: Situația lingvistică în UTAG.

des moldauischen Zentralstaates keine ernsthaften integrationspolitischen Maßnahmen durchgeführt wurden, um etwa zumindest die Versorgung der Region mit Rumänischlehrern zu sichern. Auch aus moldauischer Sicht gilt der Zentralstaat als kritikwürdig, weil er sich als unfähig erweist, das notwendige Maß an Kohäsion mit der Staatssprache als Kern des Nationsaufbaus im gesamten Gebiet des Landes sichern zu können.¹⁵⁹ Die bislang in der Sekundärliteratur kaum thematisierte Gefahr der Entstehung von Parallelgesellschaften – einer die Nähe zu Rumänien suchenden moldauischen und einer auf den identitätspolitischen *Status Quo* oder der Annäherung zu Russland bedachten – scheint eine durchaus realistische, wie auch gefährliche Perspektive für die Zukunft der Republik Moldau zu sein. Dabei liefert gerade die Autonomie der südlichen Region die territoriale Basis für die Entstehung einer solchen Parallelgesellschaft – keine gute Perspektive, weder für einen gemeinsamen Verfassungspatriotismus, noch für eine Stärkung der inneren Souveränität der Republik Moldau und somit auch nicht für die Festigung der Demokratie im Sinne der von Offe festgelegten Kriterien.

Wie Boțan feststellt, gibt es keine ernsthafte Perspektive für eine Sezession des autonomen Gebiets.¹⁶⁰ Die Unterstellung mancher moldauischer Nationalisten, dass Gagausien ein Werkzeug Russlands sei¹⁶¹, verkennt die gute Verankerung Comrater Politiker in den Machtzirkeln aus Chișinău. Die Existenz der Autonomen Territorialeinheit scheint allerdings lediglich einen neuen Schauplatz für innenpolitische Konflikte geliefert zu haben. Die gegenseitigen Versuche von Comrat und Chișinău, die jeweiligen Machtbefugnisse zulasten der anderen Seite auszuweiten, können weder für den Gesamtstaat, noch für die gagausische Region produktiv sein. Vielmehr liegt auch darin eine Ursache innerstaatlicher Instabilität. Die Eingriffe der moldauischen Zentralregierung in die inneren Angelegenheiten des autonomen Gebiets gelten sogar der transnistrischen Seite als Berechtigung, eine ähnliche Vereinbarung mit Chișinău abzulehnen.¹⁶² Offensichtlich behandelt machtpolitisch Chișinău die gagausische Region wie jeden anderen Bezirk des Landes, was sich einerseits in der fehlenden Berücksichtigung der Autonomie in nationalen Gesetzesentwürfen niederschlägt und andererseits in der Verwendung derselben Druckmittel, die auch gegen „normale“ Bezirke zum Einsatz kommen, etwa in Form der erwähnten Kürzung der Zuschüsse nach der Wahl Formuzals zum gagausischen Gouverneur. Die langen Zeiträume gegenseitigen

¹⁵⁹ Vgl. Mocanu und Sadovici: *Limba care ne unește*.

¹⁶⁰ Vgl. Boțan: *The recent elections*, S. 34.

¹⁶¹ Vgl. Savin: *Reflecții pe marginea unui articol*.

¹⁶² Vgl. Webster: *Model for Europe?*, S. 13f.

Ignorierens zwischen Zentralregierung und Gagausien zeugen davon, dass selbst die friedliche Koexistenz nicht zu einer Konsolidierung der inneren Souveränität führt, sondern höchstens zu deren unproduktiven Teilung zwischen Chişinău und Comrat. Vielmehr bestätigt dies die Gefahr der Entstehung von Parallelgesellschaften, die vorhin erwähnt wurde. Provokative Gesten wie die Entsendung eines gagausischen „Botschafters“ nach Tiraspol in Transnistrien führen indes den moldauischen Behörden ihre immer noch eingeschränkte Autorität vor – ein Beweis, dass die Territorialautonomie sogar noch den Gesamtstaat mitunter schwächen kann.

Trotz enger Beziehungen zwischen moldauischen und gagausischen Machtzirkeln schlägt sich dies nicht in ein positives Klima des institutionellen Vertrauens zwischen dem Zentralstaat und autonomer Region nieder. Unter solchen Umständen kann von einem konstruktiven Miteinander zwischen Chişinău und Comrat nicht die Rede sein. Die Territorialautonomie bietet sogar die Möglichkeit der Heranziehung antagonistischer Parolen auf beiden Seiten, weil sich der politische Diskurs in ethnische Bahnen leichter lenken lässt. Politiker in Comrat brauchen die antimoldauischen Rhetorik für den Machterhalt, während Chişinău die secessionistische Vergangenheit und die provokativen Gesten gagausischer Führungspersonen zum Anlass nehmen kann, in die inneren Angelegenheiten der Autonomen Territorialeinheit einzugreifen. Dies schwächt das Bekenntnis der dortigen Bevölkerung zum moldauischen Staat umso mehr ab.

Zusammenfassend sei festzuhalten, dass sich die gagausischen und moldauischen Prozesse des Nationsaufbaus gegenseitig behindern. Die Territorialautonomie konnte das gegenseitige Misstrauen von Gagausen und Moldauern nicht überwinden, zumal seitens der Politiker in Chişinău und Comrat keine integrationspolitischen Bemühungen erfolgten. Die hierin zitierten Experten aus dem Bereich der Demokratietheorie und der Osteuropastudien liefern keine angemessene Antwort auf die Problematik antagonistischer Identitäten in Transformationsstaaten, die vielmehr nicht aufgrund ihrer ethnonationalen Grundlagen, sondern wegen ihrer unterschiedlichen Bewertung der sowjetischen Identität nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Während sich politische Eliten auf nationaler und regionaler Ebene auf die konfligierenden *nation-building*-Ansätze einstellen und diese in den Kontext innerstaatlicher machtpolitischer Auseinandersetzungen transponieren können, vermag gerade diese Akzeptanz eine Falle darzustellen. Denn im Kampf um die Gunst der Wähler können sich weder moldauische, noch gagausische Politiker Zugeständnisse an die andere Seite leisten. Obwohl hinter den Kulissen die Ebenen nationaler und regionaler Politik

längst miteinander verflochten sind, muss zumindest in Comrat die Fassade eines schlechten Verhältnisses zu Chişinău aufrechterhalten werden, die der inneren Souveränität des Gesamtstaates schadet, die aber notwendig wird, weil eine Annäherung an die moldauische Seite als Akzeptanz dessen identitätspolitischen Ansatzes perzipiert wäre. Gerade dieser wird von der gagausischen Bevölkerung abgelehnt, die im Schutz davor den wichtigsten Vorteil ihrer Autonomie sieht. Dies beflügelt den Unmut der Moldauer, die dementsprechend die gagausische Autonomie als Gegengewicht zu ihrem eigenen Nationsaufbau betrachten.

Unter diesen Bedingungen erscheint das Beispiel der Republik Moldau zu zeigen, dass Territorialautonomie weder ein Bekenntnis beider Seiten zum verfassungspatriotischen Miteinander begünstigt, noch die innere Souveränität des jungen Staates stärkt. Vielmehr bietet diese Form der Institutionalisierung von Minderheitenrechten geradezu die Grundlage für das Fortbestehen und die verstärkte Konkurrenz zweier Projekte des Nationsaufbaus. Zumindest für Konstellationen antagonistischer Identitäten sollte daher Territorialautonomie als Lösung interethnischer Auseinandersetzungen mit größter Vorsicht betrachtet werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Sekundärliteratur

- Bochmann, Klaus: „Moldovenește“ sau „românește“? Aspecte lingvistice, culturale și politicii ale limbii de stat, in: Ders.: *Limba română: istorie, variante, conflicte. O privire din afară*, Chișinău 2004, S. 191-200.
- Boțan, Igor: The recent elections in Gagauzia and their eventual consequences (= ECMIMoldova.org: Gagauzia: Local Expert Reports), Januar 2007, http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/Local_Experts_Gagauzia/Botzanu.pdf, download 30.09.2007.
- Chinn, Jeff und Steven Roper: Territorial Autonomy in Gagauzia, in: *Nationalities Papers*, 26. Jg. (1998), H. 1, S. 87-101.
- Ciscel, Mark: A Separate Moldovan Language? The Sociolinguistics of Moldova's *Limba de Stat*, in: *Nationalities Papers*, 34. Jg. (2006), H. 5, S. 575-597.
- Corețchi, Ana et al.: The Republic of Moldova: Dimensions of the Gagauz Socio-Linguistic Model, Vortrag World Congress of Language Policies, Barcelona, 16.-20.04.2002, http://www.linguapax.org/congres/taller/taller3/article15_ang.html, download 18.10.2007.
- Horowitz, Donald: *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley, Los Angeles und London 1985.
- Hughes, James und Gwendolyn Sasse: Comparing Regional and Ethnic Conflicts in Post-Soviet Transition States, in: Dies. (Hrsg.): *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union*, London und Portland 2002, S. 1-35.
- Hughes, James und Gwendolyn Sasse: Conflict and Accommodation in the Former Soviet Union: The Role of Institutions and Regimes, in: Dies. (Hrsg.): *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union*, London und Portland 2002, S. 220-240.
- Kemp, Walter: Applying the Nationality Principle: Handle with Care, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, 1. Jg. (2002), H. 4, http://www.ecmi.de/jemie/download/Focus4-2002_Kemp_Kymlicka.pdf, download 18.10.2007.
- King, Charles: Moldovenii. România, Rusia și politica culturală, aus dem Englischen von Diana Stanciu, Chișinău 2002.
- Kolstø, Pål: Territorial Autonomy as a Minority Rights Regime in Post-Communist Societies, in: Kymlicka, Will und Magda Opalski (Hrsg.): *Can Liberal Pluralism Be Exported?*, Oxford 2001, S. 200-219.

- Kymlicka, Will: Western Political Theory and Ethnic Relations in Eastern Europe, in: Ders. und Magda Opalski (Hrsg.): Can Liberal Pluralism Be Exported?, Oxford 2001, S. 13-106.
- Lijphart, Arend: Consociational Democracy, in: World Politics, 22. Jg. (1969), H. 21, S. 207-225.
- Meinert, Sascha: Zwischen staatlicher Integrität und gesellschaftlicher Vielfalt: Regionale Autonomie als Lösungskonzept für multinationale Staaten (= Ergebnisbericht zum Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung „Eigenverantwortung und Autonomie der Regionen“), 2003, http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_regionale_autonomie_Ergebnisse.pdf, download 12.11.2007.
- Mocanu, Ghenadie und Maia Sadovici: Limba care ne unește, in: Primarul, Nr. 52, April 2006, S. 7, <http://www.moldova.org/download/rom/521/>, download 03.11.2007.
- Neukirch, Claus: Autonomy and Conflict Transformation. The Case Of The Gagauz Territorial Autonomy In The Republic Of Moldova, in: Gal, Kinga (Hrsg.): Minority Governance in Europe (=Series on Ethnopolitics and Minority Issues: 1), Budapest 2002, S. 105-123.
- O'Donnell, Guillermo: On the State, Democratization and Some Conceptual Problems (A Latin American View with Glances at Some Post-Communist Countries) (= Kellogg Institute Working Papers: 192), Notre Dame 1993, S. 45-70.
- Offe, Claus: Fünf Voraussetzungen der Demokratie, zit. nach: Massing, Peter und Gotthard Breit (Hrsg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart., 5. Aufl., Schwalbach 2004, S. 261-268.
- Protsyk, Oleh: Nation-building in Moldova, 2006, <http://www.policy.hu/protsyk/Publications/NationalisminMoldova.pdf>, download 03.11.2007.
- Protsyk, Oleh und Valentina Rigamonti: Real and “Virtual” Elements of Power Sharing in the Post-Soviet Space: the Case of Gagauzian Autonomy, in: Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 6. Jg. (2007), H. 1, S. 1, http://www.ecmi.de/jemie/download/1-2007_Protsyk_and_Rigamonti.pdf, download 30.09.2007.
- Riedel, Sabine: Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration, Wiesbaden 2005.

- Roper, Steven: Regionalism in Moldova: The Case of Transnistria and Gagauzia, in: Hughes, James und Gwendolyn Sasse: Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union, London und Portland 2002, S. 101-122.
- Troebst, Stefan: Autonomiebewegungen im Osteuropa der Nach-, „Wende“-Zeit. Mähren-Schlesien, Subkarpaten-Rus., in: Osteuropa, 49. Jg. (1999), H. 6, S. 597-616.
- Troebst, Stefan: Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova – ein Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte, in: Berliner Osteuropa Info, 4. Jg. (2001), H. 17, S. 76-78, http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_17/19_troebst.pdf, download 30.09.2007.
- Webster, John: Model for Europe? An Evaluation of Moldova's Autonomy for the Gagauz (= ECMIMoldova.org: Gagauzia: Publications), 2005, <http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/Gagauz.Pub/Webster.pdf>, download 30.09.2007.

Primärquellen

- Banaru, Ecaterina: Este un lucru firesc pentru găgăuzi să cunoască câteva limbi, 11.11.2005, <http://www.mdn.md/index.php?day=2001>, download 11.09.2007.
- Banaru, Ecaterina: O zi în sudul Republicii. Comrat – Ceadâr-Lunga (partea I), 30.11.2005, <http://www.mdn.md/index.php?day=2096>, download 10.09.2007.
- Cojocaru, Natalia: In R. Moldova, sunt 282 de școli cu predare în limba rusă, in: Timpul, Nr. 341, 26.09.2006, <http://www.timpul.md/Rubric.asp?idIssue=240&idRubric=303>, download 26.11.2007.
- European Commission for Democracy through Law (Venice-Commission) (Hrsg.): Law on modification and addition in the Constitution of the Republic of Moldova, 2002, [http://www.venice.coe.int/docs/2002/CDL\(2002\)029-e.asp](http://www.venice.coe.int/docs/2002/CDL(2002)029-e.asp), download 26.11.2007.
- Formuzal, Mihail (Hrsg.): Unsprezece pași în întâmpinarea oamenilor, Wahlprogramm 2006, <http://www.alegeri.md/opponents/formuzal/program/>, download 03.11.2007.
- Formuzal, Mihail: Interview mit Emmet Tuohy und Melinda Haring, in: Radio Free Europe, 05.04.2007, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2007/04/e3dc919f-38ea-4f73-bbc7-4468bae6aa7a.html>, download 30.09.2007.

- Formuzal, Mihail: Interview mit Carmen Dragomir, in: Jurnalul Național, Nr. 4388, 22.07.2007, <http://www.jurnalul.ro/articole/97824/foto.php?albumId=1250>, download 03.11.2007.
- Găgăuzii cer bani pentru a învăța limba română, in: Flux, Nr. 620, 28.09.2007.
- Legea cu privire la funcționarea limbilor pe teritoriul RSS Moldovenești, Nr. 3465-XI, in: Veștile 9/217, 01.09.1989, <http://www.iatp.md/ladom/downloads/M3.doc>, download 26.11.2007.
- Legea privind statutul juridic special al Găgăuziei, Nr. 344-XIII, Monitorul Oficial al Republicii Moldova, nr. 3-4/14.01.1995, <http://www.e-democracy.md/files/elections/gagauzia2006/special-legal-status-gagauzia-ro.pdf>, download 26.11.2007.
- Nikoglo, Diana: Situația lingvistică în UTAG: probleme și perspective, 07.03.2006, <http://www.mdn.md/cultural.php?rubr=2461>, download 11.09.2007.
- Rață, Mariana: Legea bugetului de stat devine mijloc de represiune, in: Jurnal de Chișinău, Nr. 639, 23.11.2007, <http://www.jurnal.md/article/4667/>, download 26.11.2007.
- Regulamentul Găgăuziei, <http://www.e-democracy.md/files/elections/gagauzia2006/regulations-gagauzia-ro.pdf>, download 26.11.2007.
- Savin, Alexandru: Reflecții pe marginea unui articol, 10.03.2006, <http://www.mdn.md/print.php?id=2468&lang=ro>, download 03.11.2007.
- Ziariști fără frontiere (Hrsg.): Comrat, Bericht Journalistentreffen, o.J., <http://www.timpul.mdl.net/nistru/ComratNou.htm>, download 03.11.2007.